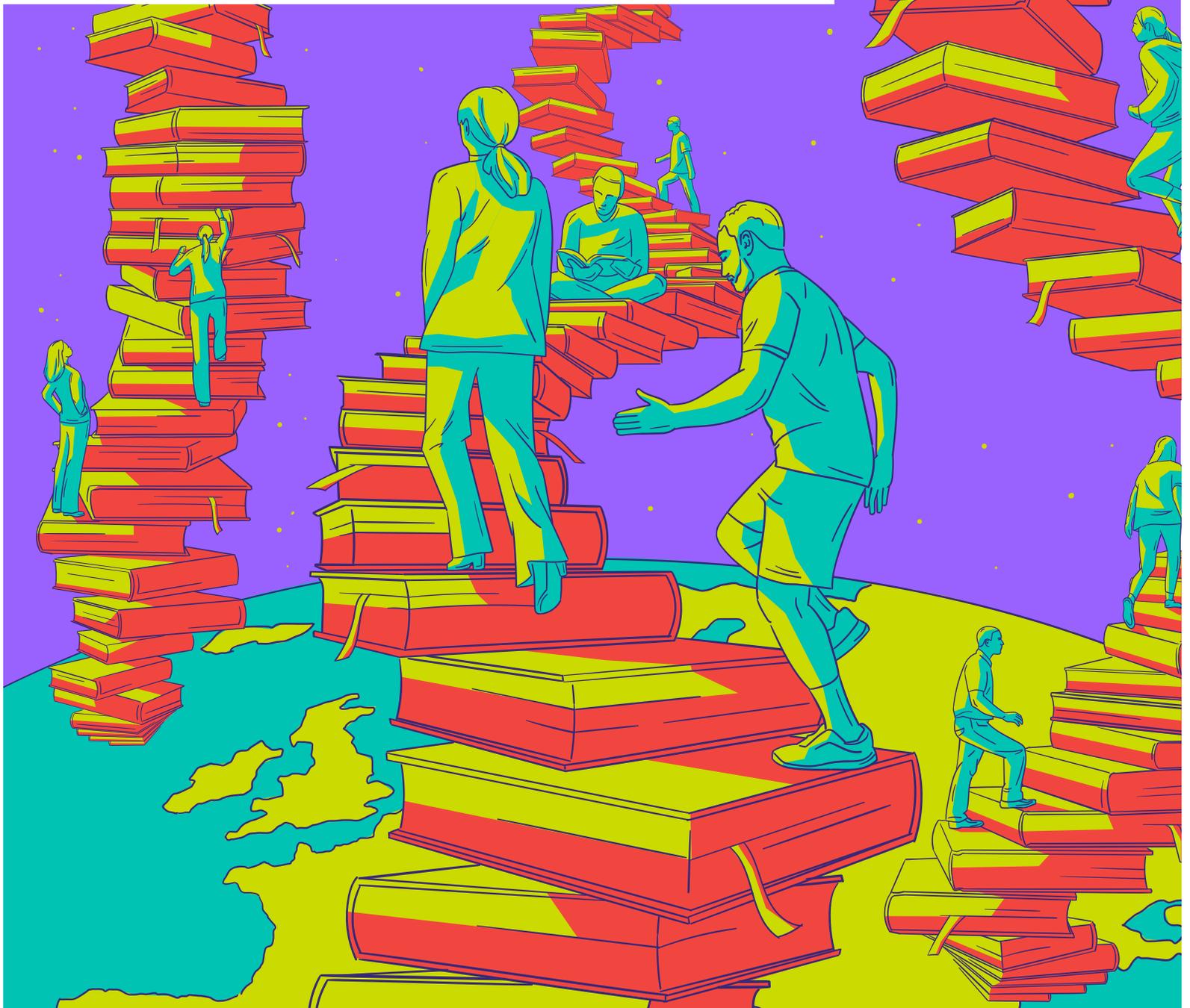


# CRITICA

ZEITUNG VON DIE LINKE SDS  
SOZIALISTISCH-DEMOKRATISCHER  
STUDIERENDENVERBAND  
AUSGABE NR. 35/2025



## RAUS AUS DER KRISE!

Die internationale erkämpft das Menschenrecht **S. 2-3**

### Antifaschismus

Rechtsverschiebung in Deutschland  
– Wo stehen wir?

**S. 6**

### Internationalismus

»Bildung ist unser Werkzeug der  
Befreiung und Selbstbestimmung«

**S. 12**

### Soziales

Kürzen bis zur Kriegstüchtigkeit

**S. 15**

### INHALTSVERZEICHNIS

- S. 2-3** Die Internationale erkämpft das Menschenrecht
- S. 4** Wehrpflicht – haben Sie den Schuss nicht mehr gehört?
- S. 5** Von der Kaserne bis ins Wartezimmer – die neue Marschrichtung der »Kriegstüchtigkeit«
- S. 6-7** Rechtsverschiebung in Deutschland – wo stehen wir?
- S. 8** Keine Forschung für Unterdrückung: Studierende gegen die Komplizenschaft am Genozid
- S. 9** Kooperation und Solidarität als Kräfte des Fortschritts – in Palästina wie in Deutschland
- S. 10-11** Studentische Kämpfe
- S. 12** »Bildung ist unser Werkzeug der Befreiung und Selbstbestimmung« – Interview mit Murid Abukhater
- S. 13** Kooperative Entwicklung gegen neokoloniale Ausbeutung
- S. 14** Mit Köpfchen aus der Krise! BAföG für Alle erkämpfen!
- S. 15** Kürzen bis zur Kriegstüchtigkeit
- S. 16** Opposition im Alltag – unsere sozialistische Antwort auf den Status Quo
- S. 17** Universitäten als Orte der Hoffnung
- S. 18** Solidarität mit queer-feministischen Kämpfen
- S. 19** Bericht



**MEHR INFOS UNTER:**  
[WWW.CRITICA-ZEITUNG.DE](http://WWW.CRITICA-ZEITUNG.DE)

### IMPRESSUM

**critica:** Semesterzeitung von Die Linke.SDS  
Nr. 35/2025, Kleine Alexanderstraße 28,  
10178 Berlin

**Redaktion:** Amelie Irene Czech, Alejandro Gómez Laverde, Anjo Genow, Anna de Alwis, Anna Lena Bruse, Ariane Alba Marquez, Elvan, Freddy Heinz, Hana Qetinaj, Leo Rott, Jonathan Beullens, Julia Behrens, Paula Hamann, Philipp Gravenhorst, Samir Asfid, Sarah Niedrich, Silvie Strauß, Viki Dicket

**Layout:** Pia Chwalczyk

**Illustrationen:** Pia Chwalczyk

**Cover:** Pia Chwalczyk

**Druck:** Nordost-Druck, Flurstraße 2,  
17034 Neubrandenburg

**ViSDP:** Sarah Niedrich,  
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin

**Anzeigen und Bestellungen:**

[critica@linke-sds.org](mailto:critica@linke-sds.org)

[www.linke-sds.org](http://www.linke-sds.org)

ISSN 2751-9902

# DIE INTERNATIONALE ERKÄMPFT DAS MENSCHENRECHT!

»Das Sichere ist nicht sicher.  
So, wie es ist, bleibt es nicht.  
Wenn die Herrschenden gesprochen haben,  
Werden die Beherrschten sprechen.  
Wer wagt zu sagen: niemals?«

»Der Imperialismus ist der sterbende Kapitalismus. [...] Er ist der Vorabend der proletarischen Revolution.«  
— Lenin

Kein Geld für alles, das nicht schießt, auf Ketten rollt oder (hoffentlich) Russland schadet. Die Wirtschaft wächst nicht mehr so, wie sie soll, und der Pöbel wählt nicht so, wie er soll. Außerdem benehmen sich immer mehr Länder, die früher sich artig haben ausbeuten lassen, immer weniger so, wie es wirtschaftlich gut wäre für die BRD. Noch schlimmer: die Bevölkerung macht nicht einfach bei den wichtigen Plänen für den Ausbau der Bundeswehr mit und arbeitet nicht freiwillig den Produktivitätsverlust in Überstunden ab.

Kurz: die bundesdeutsche Gesellschaft steckt tief in der Krise. In dieser Ausgabe werden verschiedene Erscheinungen der Krise vorgestellt, von der karnibalistischen Militarisierung über den Anstieg rechter Kräfte, die brutale und in den sozialen Medien live dokumentierte Auslö-

schung Gazas, hin zu einem krächzenden Sozialstaat und unserer Partei die Linke, die der Krise noch nicht gerecht wird. Wir wollen vor allem thematisieren, dass Geschichte doch machbar ist. Aber was ist das denn überhaupt für eine Krise?

Es fühlt sich an, als ob überall Pfeiler, die die neoliberale Werteordnung des Westens aufrechterhalten haben, gleichzeitig wackeln. Die verzweifelte Reaktion der Herrschenden zieht sich auch dementsprechend durch alle Bereiche des Lebens hindurch. Wir stellen also fest: wir befinden uns in einer tiefen Kapitalismuskrise.

Deutlich wird das in den Alltagskämpfen an der tiefgreifenden Legitimationskrise an den Universitäten. Die Exzellenzstrategie führt die Hochschulen in eine finanzielle Sackgasse. Wie Spielsüchtige stellen sie sich trotzdem immer wieder brav an und hoffen, nach dem nächsten Antrag würde es besser, während die allerletzten finanziellen Spielräume verschwinden. Auch fortschrittliche Forschende machen blind mit, im Wissen um die Unkultur

der Initiative, in der Hoffnung, doch ihr kleines linkes Privatprojekt in die Drittmittelsicherheit zu bringen.

Zusammenarbeit und verallgemeinerbare Argumente werden komplett abgelehnt und alle versuchen in Einzelgesprächen mit der Person in nächsthöherer Stellung, das Schlimmste an Kürzungen für genau ihren, exzellenten und strategisch wichtigen Bereich abzuwenden.

»Demokratie« gilt es unbedingt zu fördern, es sein denn man weitet damit tatsächlich demokratische Rechte aus, statt sie immer weiter zu schleifen. Der größeren gesellschaftlichen Krise sind die meisten Forschenden umso hilfloser ausgeliefert und es wirkt, als ob alle den Eindruck hätten, wenn sie nur leise und brav genug forschen, sind sie vielleicht immun vor den Verhältnissen. Trotz allem reaktionären Unfug hat keine Uni sich getraut, ihre Zivilklausel aufzugeben und die Ziele für nachhaltige Entwicklung und Hochschuldemokratie werden bei jeder Gelegenheit nach vorne gebracht. Reaktionärer Opportunismus gekoppelt mit kompletter Hilfs- und



Foto: CC-BY-NC, Tricontinental; Institute for Social Research

Orientierungslosigkeit trifft hier auf hart erkämpfte Maßstäbe.

Die Befreiung vom Faschismus und dem Zweiten Weltkrieg wirken bis heute nach und prägen das kollektive Bewusstsein. In der BRD müssen sich fast alle gesellschaftlichen Vorhaben an den Lehren des Faschismus messen, während enorme Anstrengungen in die Geschichtsverdrehung im Interesse des Kapitals fließen. Von der Sowjetunion und dem chinesischen Volk maßgeblich erkämpft, hatte die Befreiung auch große Auswirkungen in kolonisierten Staaten: UN und Menschenrechtserklärung stärkten ihr neues Selbstbewusstsein. Die daraus entstandene starke Blockfreie Bewegung hat gemeinsam mit dem sozialistischen Staatenblock enorme Ausweitungen von Menschen- und Völkerrecht erstritten, die mehrfach den Imperialismus zu stürzen drohten. Aufs neue, vorsichtig erweckt, bringt das Streben der Völker nach ihrem Recht auf Entwicklung und Selbstbestimmung der ehemals kolonisierten Nationen den Imperialismus in Be-

drängnis. So gewinnen Organisationen wie BRICS+ und die G77 auf der internationalen Bühne an Bedeutung.

Überall auf der Welt kocht das emanzipatorische Bewusstsein der unterdrückten Völker hervor, das Ende des Unilateralismus steht an!

Man versucht uns hier die Idee zu verkaufen, dass es keine Alternative zur neoliberalen Verrohung gibt. Und das steht im Widerspruch zur Reaktion der herrschenden Klasse selbst. So sagt man, dass die Friedensbewegung marginal sei, dass ihre Kämpfe nur kleine Papiertiger seien. Gleichzeitig wird sie permanent in der bürgerlichen Presse diffamiert. Was ist das anderes als Angst? Angst vor dem eigenen Willen der Bevölkerung, die die von der herrschenden Klasse entworfene Politik nicht akzeptiert und nicht glaubt. Dass die Herrschenden nichts mehr Sinnvolles zur Entwicklung beizutragen haben, liegt offen. Es ist jetzt nötig, eine gesamtgesellschaftliche Perspektive zu entwickeln, die der Bezugspunkt einer humanistischen und demokratischen Weltgestaltung ist.

## Die Zeit der Bescheidenheit und Abwehrkämpfe ist vorbei!

Mit dem Streben der Völker für die Souveränität und Demokratisierung der globalen Beziehungen und Institutionen ist der Weg für eine sozialistische Entwicklung eingeläutet, jetzt müssen wir auch im Kern des Imperialismus den Kriegskurs durch friedliche Verhältnisse ablösen.

Als Studierende liegt es in unseren Händen, eine bessere Gesellschaft zu erkämpfen. Es kommt jetzt darauf an, realutopische Kämpfe voranzubringen: Kämpfe in der Wissenschaft, die zu einer Demokratisierung der Gesellschaft führen, wie fürs BAFöG für Alle und für blockübergreifende, an den Zielen für nachhaltige Entwicklung orientierte Wissenschaftskooperationen. Die Verwirklichung dieser Forderungen würde Paradigmen der Konfrontation, des Wettbewerbs und der Unterordnung durch Emanzipation, Gegenseitigkeit und Solidarität ersetzen.

So sehr sie auch versuchen, uns davon zu überzeugen, dass die Bevölkerung Deutschlands Krieg und Hetze gegenüber den Völkern will, die Realität ist genau das Gegenteil. In allen Teilen der deutschen Bevölkerung herrscht der Wunsch nach einem echten Wandel hin zu einer Politik des Allgemeinwohls und der Gegenseitigkeit statt einer Politik der Verarmung und des Wettbewerbs vor.

Die Herrschenden haben gesprochen und es kam nichts Sinnvolles dabei herum – jetzt sind wir dran! ★



**ALEJANDRO** (26) studiert Wirtschaftssoziologie im Master in Frankfurt am Main. Er hofft, dass die Koalition bis Ende des Jahres wieder zerbricht.  
**FREDDY**, 22, studiert Physik in Köln und freut sich, dass das langsam zu Ende geht mit diesem Imperialismus-Ding.

# WEHRPFLICHT – HABEN SIE DEN SCHUSS NICHT MEHR GEHÖRT?

Die Regierung will uns wieder zum Dienst an der Waffe zwingen – Wir sollen wieder töten und sterben lernen für Deutschland, aber warum?

Das »Gesetz zur Modernisierung des Wehrdienstes« soll voraussichtlich am 5. Dezember im Bundestag verabschiedet werden. Pünktlich, um zum Jahresbeginn 600.000 Menschen der Jahrgänge 2001 – 2007 einen Fragebogen zuzusenden, der sie zu ihrer Motivation für die Bundeswehr zu arbeiten und ihrer körperlichen Verfassung befragt. Für männlich eingetragene Menschen soll das Ausfüllen verpflichtend sein, wie auch die für 2027 geplanten Musterungen. Hintergrund ist, dass das neue NATO Ziel 80.000 zusätzliche Bundeswehr-Soldat\*innen vorsieht. Das Verteidigungsministerium geht allerdings davon aus, dass durch die Gesetzesänderung nur 5.000 neue Soldat\*innen gewonnen werden. Der »zunächst freiwillig[e]« Wehrdienst bleibt also aller Voraussicht nach nicht lange freiwillig. Nach der Schule haben viele Jugendliche eigentlich andere Pläne als den Dienst an der Waffe.

**»Aber müssen wir unser Land und unsere Werte nicht verteidigen? Und ist es nicht sinnvoll, wenn alle ihren Dienst dazu beitragen?«**

Diese Argumentation setzt voraus, dass sich die Interessen der BRD, mit denen der eigenen Bürger\*innen decken würden. Für das Überleben des Staates ist Wirtschaftswachstum, beruhend auf der Ausbeutung unserer Arbeitskraft, essenziell. Militärische Stärke dient der Sicherung und Ausweitung von Zugängen zu Ressourcen, Investitionsmöglichkeiten und Marktanteilen. Auch in der Unterstützung der Ukraine spiegeln sich diese Profit- und Machtinteressen wider. Die Waffenlieferungen gab es nicht als Geschenk, sondern nur im Austausch gegen hohe Schulden und exklusive Marktzugänge. Kurz gesagt: NATO-Spardiktat auf

Kosten der ukrainischen Bevölkerung. Dass es in der Ukraine seit sechs Jahren keine Wahlen mehr gab, der Großteil oppositioneller Organisationen sowie Medien verboten wurde und Deserteure an die Front verschleppt werden, zeigt, dass imperialer Krieg nichts mit der Verteidigung von freiheitlichen demokratischen Werten zu tun hat.

In Deutschland richten sich die Kriegsvorbereitungen nicht nur nach außen. Arbeiter\*innenrechte, wie der Achtstundentag stehen unter Beschuss. Die drastische Kürzungspolitik im sozialen Bereich manifestiert sich unter anderem an den Hochschulen in Form fehlender Sanierungen, der Streichung von Studiengängen und massivem Stellenabbau, meist auf Kosten von Lehre und Forschung. Zur Kompensation setzt die Regierung auf zweckgebundene Investitionen aus dem Verteidigungshaushalt sowie Kooperationen mit der Bundeswehr und Rüstungsunternehmen. Zur Kriegstüchtigkeit ist auch wissen-

schaftlich-technologische Denkarbeit, die den militärischen Interessen dient, zentral. So könnte unser Kriegsdienst nicht erst an der Waffe, sondern bereits an der Uni beginnen.

**»Aber ist die Bedrohungslage nicht so hoch, dass eine starke Armee zur Abschreckung und damit für den Erhalt des Friedens notwendig ist?«**

Die Geschichte zeigt, dass Waffen keinen Frieden schaffen. Aufrüstungsspiralen, Stellvertreterkriege und der mehrmals drohende Atomkrieg des Kalten Kriegs zeigten, dass Abschreckung die Eskalation selbst herbeiführt. Nur Abrüstung und Diplomatie in der Anerkennung gegenseitiger Sicherheitsinteressen, können die drohende Kriegsgefahr abwenden, wie die Entspannungsphase ab den 1980er Jahren bewies.

ANZEIGE



## Kriegshetze? Nicht mit uns!





Das kostenlose Probeabo endet automatisch und muss nicht abbestellt werden.  
[jungewelt.de/probeabo](http://jungewelt.de/probeabo) • [abo@jungewelt.de](mailto:abo@jungewelt.de)  
 Abo-Telefon: 0 30/53 63 55-84

2 Wochen testen.

MONTAGE: IVO; MATERIAL: PIXABAY UND FREELY

# VON DER KASERNE BIS INS WARTEZIMMER – DIE NEUE MARSCHRICHTUNG DER »KRIEGSTÜCHTIGKEIT«

Zeitenwende im Gesundheitswesen? Die Bundesregierung trimmt die ganze Gesellschaft auf Kriegsmodus. Das Gesundheitswesen soll vorangehen – zulasten einer Versorgung, die sich an den tatsächlichen Bedürfnissen der Menschen orientiert.

»Zumindest ist eine Karriere bei der Bundeswehr ein attraktiver Job, oder?«

Wegen massiver Rekrutierungsprobleme und breiter Ablehnung der Wehrpflicht unter jüngeren Menschen versucht die Bundeswehr, sich als attraktiver Arbeitgeber zu präsentieren. Neben der allgegenwärtigen Werbung sind vor allem die materiellen Anreize entscheidend. Der Bund lockt mit finanzieller Absicherung, exklusivem Zugang zu Studiengängen und einem kostenlosen Führerschein on top. Dabei wird die prekäre Lage junger Menschen ausgenutzt, die durch die Wirtschaftskrise und die Unterfinanzierung von Bildung und Sozialem hervorgebracht wurde. Doch die Bundeswehr ist kein normaler Arbeitgeber. Soldat\*in zu sein bedeutet Erziehung zum Gehorsam, im Zweifel auch gegenüber dem Befehl, tödliche Gewalt anzuwenden, um für Profitinteressen das eigene Leben zu riskieren. Wir müssen uns der Wehrpflicht als Teil der Kriegstreiberei verweigern. Stattdessen kämpfen wir gemeinsam für ausfinanzierte Bildungs- und Sozialsysteme und internationale und solidarische Alternativen zum bestehenden System. ★



**VIKI**, 22, studiert PPE in Düsseldorf und kämpft nicht für Deutschland, sondern für den Sozialismus.  
**ALI**, 23, studiert Physik in Leipzig und baut keine Bomben, nur internationale Solidarität auf.

Die Bundesregierung rüstet nicht nur massiv auf, sie will auch alle anderen Gesellschaftsbereiche in militärische Angelegenheiten einbeziehen. Dem Gesundheitswesen kommt dabei eine zentrale Rolle zu. Zum einen wird die BRD von der NATO häufig als wichtigster Knotenpunkt für die Versorgung von Truppen in der EU angeführt. Zum anderen ist die *Return-to-Duty-Rate*, sprich die Rate an verletzten Soldat\*innen, die wieder einsatzfähig gemacht werden, ein wichtiger Parameter der modernen Kriegsführung. Beides macht eine Unterordnung ziviler Gesundheitsstrukturen unter militärische Logik und die Befehlsgewalt der Bundeswehr attraktiv.

Die Pläne für ein Gesundheitssicherungsgesetz als gesetzlicher Rahmen liegen seit Regierungswechsel auf Eis. Im Kontext der Anstrengungen für allgemeine Kriegstüchtigkeit unter Schwarz-Rot ist es nur eine Frage der Zeit, bis das Vorhaben wieder aufgegriffen wird. Auch unterhalb der Regierungsebene gibt es verstärkt zivil-militärische Kooperationen. In Hessen finden regelmäßig Veranstaltungen der Landesärztekammer mit der Bundeswehr statt, an der Charité gibt es ein gemeinsames Wahlfach.

Aktiv vorangetrieben wird dabei die Vermischung von medizinischer Versorgung im Krisen- und Katastrophenfall und jener im Rahmen kriegerischer Auseinandersetzungen. Die Erfahrungen von COVID-19, die die Notwendigkeit einer flächendeckenden Stärkung von Versorgungsstrukturen deutlich gemacht haben, werden gezielt instrumentalisiert. Die Reihung von Kriegen neben Naturkatastro-

phen und Pandemien verzerrt sie zu natürlichen und unvermeidbaren »Ereignissen«. Zudem wird verschleiert, dass militärische und zivile Medizin grundsätzlich anderen Prinzipien unterliegen. Statt vorhandene Mittel für die bestmögliche Versorgung aller zu verwenden, geht es primär um die Einsatzfähigkeit von Soldat\*innen zur Weiterführung des Krieges. Das bedeutet eine erhebliche Verknappung der Ressourcen für die zivile Versorgung. Dabei ist das Gesundheitswesen schon im Normalfall überlastet. Das derzeitige Finanzierungssystem hat zu dramatischen Fehlentwicklungen innerhalb der Versorgungslandschaft geführt. Auch mit der Krankenhausreform ist keine Erholung zu erwarten. Weiterhin werden ökonomische Zwänge die Versorgung bestimmen, weswegen zahlreiche Klinikstandorte gestrichen werden. Das kritisiert auch die Bundeswehr. Sie fordert stattdessen den Ausbau des Gesundheitssystems unter militärischen Gesichtspunkten. Praktisch werden in Zeiten militärischer Austerität Kooperationen mit der Bundeswehr immer attraktiver. Wie lange noch, bis sich kaputtgesparte Kliniken aus Not ans Militär wenden – und sich damit weiter von einer bedarfsgerechten Versorgung aller entfernen?

Diese Entwicklungen beschränken sich nicht auf die BRD: Die USA und Europa rüsten fleißig auf, zulasten von sozialen und Gesundheitsprogrammen weltweit. Schon jetzt steigt die Zahl derer, die an heilbaren Erkrankungen sterben. Gleichzeitig sind 2024 so viele Gesundheitsmitarbeiter\*innen bei ihrer Arbeit ums Leben gekommen wie seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs

nicht mehr. In Gaza wurden nahezu alle Krankenhäuser zerstört. Leben in bestmöglicher Gesundheit wird vom universellen Menschenrecht ins Privileg Weniger verkehrt.

Kämpfen wir deshalb für ein Ende aller Kriege, statt uns der Illusion hinzugeben, dass mit einem umstrukturierten Gesundheitswesen Krieg mit überschaubaren Schäden führbar sei. Krieg bedeutet immer Krankheit, Tod und Elend.

Als Gesundheitsarbeiter\*innen dürfen wir uns nicht für Kriegsmedizin instrumentalisieren lassen. Kämpfen wir für das, was uns zusteht: ein ausfinanziertes Gesundheitssystem, das sich am Wohl der Patient\*innen orientiert – auch von Geflüchteten und Deserteur\*innen! Gesundheit für alle, statt Kriegslogik und Aufrüstung!

»Das derzeitige, auf Profit ausgerichtete Gesellschaftssystem produziert regelmäßig Krisen und Kriege. Als globale Arbeiterklasse ist es in unserer Verantwortung, die herrschende Klasse zu entwaffnen, die Produktionsmittel zu übernehmen und sie in Mittel für ein besseres Leben für alle umzuwandeln. Die Geschichte unserer revolutionären Bemühungen, der Antikriegs-Aktionen und der internationalen Solidarität ist reich.« (Vital Signs Magazine). ★

**ANNA LENA**, 25, studiert Medizin in Leipzig und würde sich den OP-Saal lieber mit dem Grey's Anatomy Cast statt der Bundeswehr teilen.



# RECHTSVERSCHIEBUNG IN DEUTSCHLAND – WO STEHEN WIR?

Die Gefahr, die von der AfD ausgeht, wächst wie ihre Umfragewerte. Um die Rechtsentwicklung in Deutschland zu verstehen, müssen wir aber auch einen Blick auf die etablierten Parteien und ihre Strategie zur Aufrechterhaltung des Kapitalismus werfen.

Wir widersetzen uns der AfD  
**Feminismus + Klassenkampf**  
Statt Küche + Vaterland

Mehr als 20% der Wähler\*innen setzten ihr Kreuz im Februar 2025 bei der AfD. Bei den Landtagswahlen in Sachsen und Thüringen erhielt sie um die 30% der Stimmen. 2013 scheiterte sie noch am Sprung über die 5% Hürde - Heute könnten die nächsten Landtagswahlen in Koalitionen mit der AfD münden. Gleichzeitig werden Rechte auch auf der Straße präsenter, Angriffe auf linke Räume und CSDs häufen sich. Mit diskursiven Grenzüberschreitungen und dem Aufbau rechter Vorfeldorganisationen führt sie einen Kampf um kulturelle und diskursive Hegemonie. Ihre Forderungen werden scheinbar von der sogenannten »Mitte« übernommen und von wachsenden Teilen der Bevölkerung akzeptiert.

### Rechtsverschiebung als Krisenreaktion

Warum das alles? Der Kapitalismus steckt tief in der Krise! Das Aufstiegsversprechen entpuppt sich als Lüge, die Profitabilität des deutschen und »westlichen« Kapitals wird z.B. durch den Aufstieg Chinas bedroht und unbegrenztes Wachstum ist mit der Endlichkeit natürlicher Ressourcen schlicht nicht vereinbar.

Liberaler Politik scheint auf diese Krise keine Antwort zu finden. Die AfD hingegen gibt nationalistische und populistische Antworten: der übrige Wohlstand soll nur Ausgewählten zugutekommen. Auch die etablierten Parteien greifen zunehmend zu autoritären, nationalistischen Mitteln, um ihre Herrschaft abzusichern.

### Rechtsverschiebung der »Mitte«

Die Rechtsverschiebung des Establishments möchte ich anhand folgender 5 Dimensionen skizzieren:

1. *Ausbau von Grenzen:* Friedrich Merz fordert eine Migrationswende. Vor der Bundestagswahl im Januar 2025 ließ seine Partei den 5-Punkte-Plan zur Abweisung von Asylsuchenden an deutschen Grenzen, Einschränkungen des Familiennachzugs etc. verabschieden - mit den Stimmen von FDP und AfD. Auch Grüne und SPD haben migrationspolitische Rechtsbrüche mitgetragen. Grenzen dienen dabei auch dazu, verschiedene Gruppen unterschiedlich (stark) ausbeuten zu können und die Arbeiter\*innen zu spalten.
2. *Ausbau von Polizei- und Sicherheitsapparat bei gleichzeitigem Abbau sozialer Sicherheit:* In den letzten Jahren sind deutlich härtere »Sicher-

heits«-Maßnahmen zu beobachten. Das zeigen etwa die Diskussionen um die Überwachungssoftware Palantir und die Repressionen gegen unliebsame Demos. Sogar der Menschenrechtskommissar der EU kritisierte die Sprachverbote und Polizeigewalt bei Palästina-Demos. Gleichzeitig will die GroKo beim Bürgergeld kürzen, stärker sanktionieren und den Vermittlungsvorrang einführen, also Menschen schneller in prekäre Jobs drängen, um sie fürs Kapital verfügbar zu machen.

3. *Militarisierung zur Sicherung der Interessen der Nationalelite:* Die Bundeswehr soll zur stärksten Armee der EU werden. Dafür haben CDU, SPD und Grüne unbegrenzte Schulden fürs Militär beschlossen. Weil Geld allein nicht reicht, bereitet die Regierung jetzt die Reaktivierung der Wehrpflicht vor und versucht die Bevölkerung an Krieg und Militarismus zu gewöhnen, um ihre ökonomischen Einflusszonen, beispielsweise gegenüber China, verteidigen zu können.
4. *Vertiefung der Geschlechterverhältnisse:* Alexander Dobrindt versucht Änderungen am relativ progressiven Selbstbestimmungsgesetz vorzunehmen, die zu ungewollten Outings von trans\* und nicht-binären Personen führen könnten, während die CDU das Gesetz, laut Wahlprogramm, gänzlich abschaffen will. Queerfeindlichkeit

ist zentraler Teil des rechten Kulturkampfes. Denn damit Frauen weiterhin unbezahlt die Reproduktion der Arbeitskraft sicherstellen, dürfen die geschlechterbasierten Rollenbilder nicht hinterfragt werden.

5. *Erhöhung von Nationalität und Ethnie zur Überdeckung des Klassenverhältnisses:* Im Kontext der steigenden Kriegsgefahr wird durch die Bank ein nationales »wir« beschworen, welches die Demokratie gegen »äußere Feinde« (etwa Muslim\*a als »Terrorunterstützer« oder »den Russen«) verteidigen müsse. Und die Schuld an der sozialen Not wird bei Migrant\*innen gesucht, deren Löhne gerade zum Überleben reichen, anstatt bei Arbeitgeber\*innen.

Ob man die AfD oder die Krise des Kapitalismus als relevanteren Faktor der Rechtsverschiebung versteht, beeinflusst maßgeblich, welche Strategie man gegen Rechts vorschlägt. Dazu lest ihr mehr auf der nächsten Seite. ★

**VIKI**, 22, studiert in Düsseldorf Philosophie, Politics and Economics und setzt sich für einen baldigen Linksruck ein.





**Auf die Barrikaden!  
– Die Gründung der AfD  
Jugend verhindern!**

Die AfD ist eine im Kern faschistische Partei mit gesellschaftlichem Masseneinfluss. Dieser wird durch die populistische Rhetorik der AfD und ihre starke Medienpräsenz erreicht. Dadurch prägt sie maßgeblich die deutsche politische Debatte, sowohl parlamentarisch als auch gesellschaftlich. Auch wenn die AfD nach außen vorgibt, rechtskonservative Ansätze zu vertreten, weist sie grundlegende faschistische Merkmale auf.

Sie verschiebt die Diskurse und damit bereits aus der Opposition die Politik nach rechts. Das Ergebnis sind verschärfte Abschottung an den Grenzen, Sozialabbau und zunehmende Repression gegen fortschrittliche Bewegungen. Begleitet wird diese Politik durch Hetze und einen Anstieg rechter Gewalt – gegenüber dem Vorjahr um 47,4 % – etwa gegen Geflüchtete und Bürgergeld-Empfänger\*innen. Von der AfD geht jetzt eine besondere Gefahr aus. Einerseits, weil sie im nächsten Jahr voraussichtlich zum ersten Mal eine Landesregierung führen wird. Gleichzeitig plant sie, durch die Neugründung ihres Jugendverbandes gezielt aktive

Mitglieder zu rekrutieren und zu gewaltbereiten Kadern zu formen. Das Aktionsbündnis »widersetzen« zielt darauf, die Organisation der AfD und ihrer Jugendorganisation zu verhindern. Massenhafter ziviler Ungehorsam wird genutzt, um konkrete Veranstaltungen und Parteitage zu blockieren. Für den Erfolg der Blockaden wird auf möglichst großen und breiten Protest gesetzt, was auf den Erfolgserfahrungen von »Dresden Nazifrei« aufbaut. Ebenso verfolgt »widersetzen« das Ziel, im öffentlichen Diskurs zu betonen, dass die AfD keinerlei Legitimität besitzt, weshalb ihre Parteitage nicht stattfinden dürfen. Statt sich für ein AfD-Verbot

auf Staat und Justiz zu verlassen, will "widersetzen" dieses Ziel beispielhaft selbst umsetzen. Die Blockaden in Essen und Riesa haben gezeigt, wie die gemeinsamen Massenaktionen kollektive Selbstermächtigung schaffen und solidarische Alternativen und Zusammenarbeit als linke Bewegungen stärken. ★



**ELVAN** (23) studiert Politikwissenschaft und Jura in Hannover und vernachlässigt regelmäßig ihre Prüfungsphasen im Kampf für Gleichheit und soziale Gerechtigkeit.

**Faschismus an der Wurzel packen**

Um die zunehmende Faschisierung zu bekämpfen, reicht es nicht, gegen ihre Zuspitzung der AfD vorzugehen. Ihr Aufstieg ist als Symptom kapitalistischer Krisenprozesse zu begreifen. Diese Analyse muss im Mittelpunkt unseres antifaschistischen Kampfes stehen.

»Faschisierung« meint das Aufkommen faschistischer Tendenzen innerhalb der bürgerlichen Demokratie. Dieser Prozess manifestiert sich in einer Rechtsverschiebung aller Parteien, welche selbst auf menschenverachtende Politik zurückgreifen oder diese schlichtweg billigen. Er tritt auf, wenn Parteien keine Antworten mehr auf die Widersprüche des Kapitalismus finden und stattdessen auf autoritäre Mechanismen zurückgreifen müssen, um die kapitalistischen Verhältnisse aufrechtzuerhalten. Die formelle Demokratie bleibt für das Kapital nur solange akzeptabel, wie sie dessen Interessen stützt. Gerät das System ins Wanken, sollen bürgerliche sowie faschistische Kräfte die bürgerliche Demokratie durch autoritäre Herrschaftsformen ersetzen, um die Klassenverhältnisse zu sichern.

Diese Tendenzen werden heute durch multiple Krisen verschärft. Während für Soziales angeblich kein Geld mehr da ist, wird fleißig in Rüstung und Militär investiert. Gleichzeitig eskalieren staatliche Repressionen, vor allem gegenüber antiimperialistischen Pro-

testen, denen vermehrt mit schwerer Polizeigewalt begegnet wird; alles Aspekte eines autoritären Staatsumbaus. Die AfD profitiert am meisten von den krisenhaften Verhältnissen und der Normalisierung rechter Narrative und nutzt die Schwäche der bürgerlichen Parteien, um an die Macht zu gelangen. Deshalb darf sich unser Aktivismus nicht nur am Widerstand gegen die AfD verzetteln, sondern muss vor allem die Verhältnisse bekämpfen, die den Aufstieg der AfD überhaupt erst ermöglicht haben. Unsere Gegenstrategie muss heißen, vereint für eine sozialistische Gesellschaft einzustehen und den Klassenkampf von unten wiederzubeleben. Wir müssen die Ursachen der Krisen bei der Wurzel packen und so den Nährboden für Faschisierung nehmen. Die Zeit der Symptombekämpfung ist vorbei! Gegen Austerität und für soziale Gerechtigkeit! Gegen Aufrüstung und für internationale Solidarität! Gegen spaltende Klassenpolitik und für eine sozialistische Perspektive auf der Straße und am Campus! ★



**PAULA**, 23, studiert Kunstgeschichte und Soziologie in Düsseldorf und blockiert eher den Hörsaal als den AfD-Parteitag.

**Schaffen wir Butter statt Kanonen für die Welt – Es kann die Befreiung der Arbeiter nur das Werk der Arbeiter sein!**

Schwere Schläge versetzt die zunehmende Emanzipation der Völker im Globalen Süden dem strauchelnden Imperialismus. Die Unterordnung der Welt als Werkbank für die Industrie der imperialistischen Zentren mit Gewalt von NATO, IWF und Instagram wird von dieser nicht mehr hingenommen, was die seit über 50 Jahren verschleppte Dauerkrise des Westens verschärft. Mit kannibalistischer Hochrüstung auf Kosten unserer demokratischen und sozialen Rechte, mit einem rechtsautoritären Staatsumbau versuchen die Herrschenden in USA und EU jeglicher Couleur verzweifelt die Geschichte aufzuhalten.

Aggressive Krisenbekämpfung zur Kleinhaltung der fortschrittlichen Kräfte im eigenen Land und den widerspenstigen globalen Einflusssphären ist Wesen und Zweck des Faschismus. Sie schafft damit die inhaltliche Grundlage für eine wirksame antifaschistische Bewegung: Deshalb fällt jeglicher Kampf um unsere sozialen und demokratischen Rechte mit der Friedensfrage in eins. An diesem inhaltlichen Kriterium statt an partiell überschneidenden Feindbildern müssen sich unsere Bemühungen um breite gesellschaftliche Bündnisse orientieren. Um Faschismus an der imperialistischen Wurzel zu bekämp-

fen, heißt die Losung „Butter statt Kanonen“! Damit ist die Einheitsfront mit allen kämpferischen Organisationen unserer Klasse, hierzulande und wohl heute umso notwendiger im Globalen Süden, aufgerufen. Es geht nicht darum, ein paar sozialstaatliche Beruhigungspillchen von oben als „antifaschistische Wirtschaftspolitik“ zu erbitten, mit dem Zweck den herrschenden Parteienblock zu stärken, sondern als ungehorsame sozial anspruchsvolle Bewegung wirklich die wirtschaftlichen, politischen, kulturellen Verhältnisse zu demokratisieren. Das meint für unsere Partei der Friedensbewegung, gemeinsam mit religiös/humanistisch Bewegten, sozialdemokratischen und kommunistischen Mitstreiter\*innen für Menschen- und Völkerrecht statt Aufrüstung einzustehen. In Fachschaften und Hochschulgremien gilt es, ein humanistisches Bündnis zu schmieden, das für dem sozialen Bedarf gerechte Ausfinanzierung und Demokratisierung mit dem Zweck der Verwirklichung von Friedenswissenschaft einsteht. Greifen wir in diesem Sinne die geschichtliche Einheitsfront auf und lernen wir vom Sieg über den Faschismus: Wie sollen wir dann aufzuhalten sein? ★



**ANNA** (24) studiert Historische Wissenschaften in Bonn und Wien. Sie findet die Verzweiflung dieser völlig überlebten Herrschenden recht ermunternd.



# KEINE FORSCHUNG FÜR UNTERDRÜCKUNG: STUDIERENDE GEGEN DIE KOMPLIZENSCHAFT AM GENOZID

Deutsche Unis machen sich mitschuldig am Genozid in Gaza. Schluss mit der Komplizenschaft. Wir fordern deshalb einen akademischen Boykott für ein freies Palästina!

Seit Jahrzehnten kämpfen auch Gruppen hier in Deutschland für ein befreites Palästina. Auch wenn es jetzt einige Großdemonstrationen gab – nicht so groß wie in Brüssel oder London – ist es bisher nicht gelungen eine breite pro-palästinensische Bewegung zusammenzubringen. Als SDS haben wir immer wieder Demonstrationen organisiert oder besucht, Bildungsangebote gemacht und versucht, den Diskurs in der Linkspartei zu prägen. Mit unseren bisherigen Projekten ist es nicht gelungen, einen wirklichen materiellen Unterschied zu machen. Doch das könnte sich nun vielleicht ändern. Der Boykott ist schon länger ein genutztes Werkzeug, um für ein freies Palästina zu kämpfen. Seit 2005 gibt es die BDS (Boykott, Divestment, Sanctions) Bewegung, die gewaltlosen Druck auf Israel ausübt. Die Bewegung wird in Deutschland als antisemitisch diffamiert. Kritiker\*innen berufen sich dabei oft auf die von Wissenschaftler\*innen kritisierte IHRA-Definition.

### Wieso akademischer Boykott?

Die Hebrew University, eine der größten Universitäten Israels, wurde auf

besetztem Land in Ostjerusalem errichtet. An der Haifa University werden israelische Offiziere ausgebildet. Und am Technion wurde eine Schallkanone entwickelt, die aktuell im Gazastreifen und der Westbank ihren Einsatz findet.

An einigen Universitäten arbeiten deshalb pro-palästinensische Studierende an akademischen Boykotten, denn viele deutsche Universitäten haben enge Verbindungen mit diesen israelischen Universitäten. Sie sind durch die Entwicklung von Waffen, Ausbildung von IDF-Funktionär\*innen sowie der ideologischen Absicherung des militärischen Vorgehens direkt an der Unterdrückung der Palästinenser\*innen und dem Genozid beteiligt. Dadurch wird nicht zuletzt eine historische Erregungsschuld, dass sich deutsche Universitäten nie wieder an Völkermord und Krieg beteiligen sollen, umgedeutet. Deutsche Unis brechen damit nicht nur Völkerrecht, sondern machen sich so zu Mittätern. Der Kampf gegen die Komplizenschaft am Genozid bildet dabei eine Einheit mit den Kämpfen gegen den militärischen Umbau der Universitäten und den Kampf für Zivilklauseln. Er macht die Notwendigkeit klar, sich dafür einzusetzen, dass Universitäten keine Kooperationen

mit Rüstungsunternehmen jeglicher Art eingehen.

An der Freien Universität Berlin (FU) gibt es bereits eine Initiative unter dem Namen »BDS Kampagne«, die sich für einen akademischen Boykott einsetzt. Dafür haben sie einen Bericht geschrieben, der die Verstrickungen offenlegt und herausarbeitet, dass die FU Mitschuld am Genozid trägt. Auch an anderen Universitäten sind solche Berichte bereits in Planung, die der Ausgangspunkt für Kampagnen sein werden. Vielen Studierenden ist nicht bewusst, dass ihre Universität Forschung betreibt, die unmittelbar einen Genozid unterstützt, also wird der nächste Schritt sein, Ansprachen am Campus darüber zu halten.

Die Universitätsleitungen werden nicht einfach auf einen Appell hin Kooperationen beenden. Deshalb wird es Mehrheiten benötigen, die sich hinter die Forderung stellen und im Zweifel bereit sind zu streiken, um diese auch durchzusetzen.

### An erfolgreiche Kämpfe anknüpfen

In Brüssel, Barcelona und Amsterdam wurde bereits ein akademischer Boy-

kott erstritten. Natürlich muss man beachten, dass der Kampf für ein befreites Palästina in Deutschland andere Bedingungen hat, dennoch können wir von den Genoss\*innen lernen und ihre Kämpfe als Appell verstehen, auf die Verstrickungen unserer Universitäten aufmerksam zu machen und diese zu beenden! Lasst uns mit unseren Kommiliton\*innen dazu ins Gespräch kommen und gemeinsam eine Bewegung aufbauen, die klar zeigt: Wir wollen keine Forschung an unseren Universitäten, die dazu beiträgt, dass Palästinenser\*innen unterdrückt und ermordet werden! Schluss mit der Mitäterschaft! Wir kämpfen für ein freies Palästina! ★

**SARAH** (30) hat gerade ihren Bachelor in Erziehungswissenschaft beenden und ist aktuell Teil der politischen Geschäftsführung und isst gerne Wassermelone.



# KOOPERATION UND SOLIDARITÄT ALS KRÄFTE DES FORTSCHRITTS – IN PALÄSTINA WIE IN DEUTSCHLAND

Alle Menschen sind »mit Vernunft und Gewissen begabt«. So meint es zumindest die allgemeine Erklärung der Menschenrechte. Unbequem, wenn dann ausgerechnet am eigenen Fachbereich die Studierenden dieser Tatsache praktische Konsequenzen folgen lassen wollen!

Mit einer Stellungnahme richteten sich im Mai 2024 über 120 palästinensische Akademiker\*innen aus Gaza in einem Offenen Brief an die Welt. Darin fordern sie den Wiederaufbau des Hochschulwesens in Gaza als Grundlage für Widerstandskraft, Zukunft und Hoffnung des palästinensischen Volkes. Die Stellungnahme ist bemerkenswert, in einem Krieg, in einem Genozid; in einer Zeit in der die israelische Besatzungsmacht jegliche Hoffnung der palästinensischen Bevölkerung auf Befreiung und selbstbestimmtes Leben zu erdrücken versucht. Was können wir in den imperialistischen Zentren dieser Welt aus diesem Ersuchen zum Wiederaufbau ziehen? Welche Bedeutung hat unser Engagement für die internationale Solidarität als Mittel gegen Krieg und Völkermord, für den Aufbau menschenwürdiger Lebensverhältnisse und das Selbstbestimmungsrecht der Völker? Diese Fragen wurde am Fachbereich Physik der Frankfurter Universität in der Praxis erörtert, angestoßen durch die Fachschaft. Das Vorhaben hatte nachhaltige Wirkung auf einige professorale, aber auch studentische Selbstverständnisse.

Die Physik ist seit jeher eine wissenschaftliche Disziplin, die von Verständigung lebt. Insbesondere seit der Entwicklung großer Forschungsanlagen sind auch Staaten auf materiellen wie ideellen Austausch angewiesen. Auf dieser Grundlage sind Kooperationsprojekte wie die Palästinensisch-Deutsche Wissenschaftsbrücke sowie das Teilchenforschungszentrum SESAME in Jordanien gegründet worden. Die Goethe-Universität in Frankfurt hat sich in ihren Leitbildern zu Nachhaltigkeit und Internationalisierung der Erfüllung der UN-Nachhaltigkeitsziele verpflichtet. Frieden, kooperative Entwicklung und gute Bildung sind wesentliche Eckpunkte dieser Vereinbarung. Die Initiierung und der Ausbau wissenschaftlicher Kooperationsprojekte mit palästinensischen Institutionen zur Förderung des Wiederaufbaus liegen damit auf der Hand. Als Fachschaft Physik haben wir diese Schlussfolgerung mit einem Antrag in den Fachbereichsrat (FBR) getragen: er sollte "ein Anstoß dafür sein, dass wir am Fachbereich alle etwas mutiger werden im Einsatz für die soziale und friedliche Entwicklung überall im Einklang mit den Menschenrechten, auch und insbesondere über die Wis-

senschaft" (Auszug aus unserer Mail zur Ankündigung des Antrags).

## Die sanfte Gewalt der Vernunft

Große Aufregung war das Resultat. Rechte Kräfte im Fachbereich kündigten an, sie würden in der Sitzung einen Antrag auf Nichtbefassung stellen. Offenbar war dem Antrag inhaltlich nichts entgegenzusetzen, weshalb man versuchte, dem FBR eine vermeintlich unpolitische Natur zuzuschreiben. Daneben war ausnahmsweise der Präsident der Universität bei der Sitzung anwesend (um den Ausverkauf der Universität über Exzellenz schönzureden, das ist aber ein Thema für sich). Trotz dieser Einschüchterungsversuche und dem Rumgebücker wurde die Nichtbefassung nur durch eine knappe relative Mehrheit beschlossen – fünf der elf anwesenden Mitglieder stimmten dafür, während drei dagegen stimmten und der Rest sich enthielt.

Man fühlte sich erinnert an Brechts "Leben des Galilei": Wie die Hofgelehrten nicht durch das Fernrohr - aus

Furcht vor dem Beweis gegen ihr Weltbild - blicken wollen, so sollte auch nicht der Antrag diskutiert werden aus Angst, die Humanität und die Vernunft würde die Anwesenden überzeugen!

Wie nun also weiter? Die angekündigte Diskussion einer Beschlussvorlage im FBR führte zu Angstzuständen. Die bröckelnde Staatsräson wirkt nach. Die Angst muss überwunden und der eigene, humane Gestaltungsanspruch zur Geltung gebracht werden. Hierfür planen wir, eine involvierte Person von der Palästinensisch-Deutschen Wissenschaftsbrücke einzuladen, um ihre Perspektiven auf Internationalismus in der Wissenschaft sowie den Anspruch des Projekts auf gemeinsame Entwicklung im Sinne der UN-Nachhaltigkeitsziele zu diskutieren. Die sanfte Gewalt der Vernunft mag dann in Ruhe ihre Überzeugungsarbeit leisten. ★

**JONATHAN** (26)  
studiert Physik in  
Frankfurt am Main  
und bereitet den  
Ernstfall Frieden vor.



# Globale Kämpfe

## Einleitung

Die Studierendenbewegung ist Teil nationaler Kämpfe für die Emanzipation und Demokratisierung der Gesellschaft. Diese Kämpfe finden global statt und sind durch ihre konkreten Auswirkungen auf die internationale Bewegung sowie die Solidarität, die die Völker untereinander zeigen tief miteinander verflochten. Deshalb verstehen wir Internationalismus nicht bloß als ein Bekenntnis oder eine monothematische Kampagne, bei

der wir darauf warten, dass andere sich befreien, damit wir uns befreien können, sondern als das Verständnis, dass der demokratische Fortschritt der Völker zum demokratischen Fortschritt der gesamten Menschheit führt. Aus den Fortschritten der Studierendenbewegung aus allen Teilen der Welt können wir etwas darüber lernen, wie Studierende sich weltweit ihre Würde erkämpfen. Aus diesem Grund haben wir drei Berichte über die studentischen Kämpfe in Belgien, Kolumbien und Serbien so-

wie einen Gastbeitrag der Students' Federation of India (FDI) zusammengetragen. Für uns ist das ein Teil von gelebtem Internationalismus! Denn Solidarität ist keine Gnade gegenüber unterentwickelten und unterdrückten Völkern, sondern basiert auf dem Verständnis, dass wir als Studierende unsere Gesellschaften immer in Richtung echter humaner und ziviler Entwicklung voranbringen können und dass die Bekräftigung unserer Würde als Studierende im Kampf die Würde aller Völker bekräftigt, die sich wehren! ★

## Kolumbien

Der US-Imperialismus befindet sich in Kolumbien in der Defensive. Nach dem Generalstreik von 2021, der bisher größten antiimperialistischen Mobilisierung des Jahrhunderts sahen sich die USA gezwungen, mit dem Opportunismus zu paktieren. So fördert Washington die Präsidentschaft von Gustavo Petro, um das Unaufhaltsame aufzuhalten: den Aufstand daer Volksmassen für ein souveränes, vom imperialistischen Joch befreites Kolumbien. Nach dem Rezept der deutschen Sozialdemokratie kooptiert Petro den Gewerkschaftsapparat, um Errungenschaften sozialer und demokratischer Mobilisierung zu beseitigen. So wird Klima und Umwelt für US-Auslandseinsätze instrumentalisiert und der Sozialstaat weiter ausgehöhlt. Mobilisierungen von Studierenden und Lehrkräften führten schließlich dazu, dass die im Juni 2024 vom Kongress, mit Unterstützung des gesamten Esta-

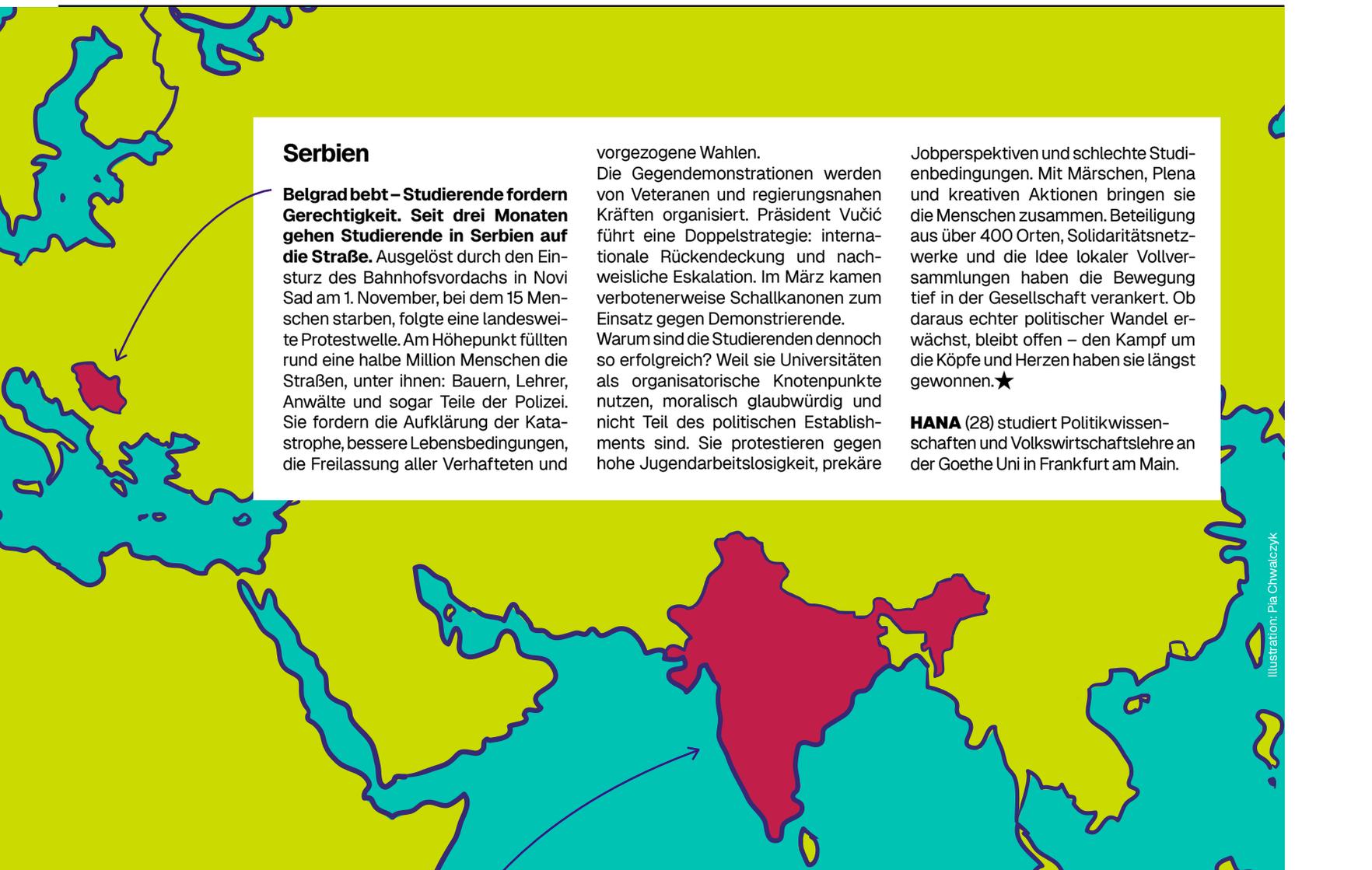
blishments verabschiedete Bildungsreform, die die Grundfinanzierung des Bildungswesens sowie die Freiheit der Lehre massiv bedrohte, gerade scheitert. Dieser Kampf ist das Erbe der Studierendenproteste von 2010-2012 und 2018-2019, die sich für die Wissenschaftsfreiheit, der Verwirklichung von öffentlicher und wissenschaftlicher Bildung in im Dienste der nationalen Entwicklung und der Finanzierung der öffentlichen Grund- und Hochschulbildung einsetzen. Die Mobilisierungen dieser Sektoren zusammen mit Bauern, Lkw-Fahrern, Arbeitern, Kleinbergbauern und sozialen Bewegungen zeigen: der sozialdemokratische Bürokratismus kann den Willen der Massen nicht aufhalten, weder in Kolumbien noch anderswo auf der Welt! ★

**ALEJANDRO GÓMEZ LAVERDE** (26) studiert Wirtschaftssoziologie im Master in Frankfurt am Main. Er hofft, dass die Koalition bis Ende des Jahres wieder zerbricht.

## Belgien

**Wer was erreicht – und warum das klassenkämpferisch zählt.** An belgischen Universitäten stehen im Zuge der sogenannten Zeitenwende massive Kürzungen an. Seit 2023 organisieren daher Studierende in Belgien entschlossenen Widerstand gegen den autoritär-militaristischen Umbau ihrer Universitäten. Im Zuge dessen besetzten in Gent rund 100 Aktivist\*innen mehrere Fakultätsgebäude und protestierten gegen die Komplizenschaft der Universität beim Genozid in Gaza. Dabei spielt die COMAC, die marxistische Studierendenorganisation der Arbeiter\*innenpartei Belgiens eine Schlüsselrolle, indem sie Theorie und Praxis an den Universitäten durch mehrere Kampagnen und Camps verbindet. »Der Marxismus ermöglicht es uns, die Funktionsweise des Kapitalismus zu verstehen«, erklärt eine Parteiaktivistin. Der Kampf der Studierenden führte zur Kündigung der Kooperationen der Unis mit israelischen Einrichtungen und erzeugte genug gesellschaftlichen Druck um die Regierung zur Anerkennung Palästinas zu zwingen. Das zeigt: wer organisiert und entschlossen handelt, kann Veränderungen herbeiführen und Krisen überwinden.★

**AMELIE** (18) studiert BWL, weil man das System nur ändern kann, wenn man seine Regeln kennt.



## Serbien

**Belgrad bebt – Studierende fordern Gerechtigkeit. Seit drei Monaten gehen Studierende in Serbien auf die Straße.** Ausgelöst durch den Einsturz des Bahnhofsvordachs in Novi Sad am 1. November, bei dem 15 Menschen starben, folgte eine landesweite Protestwelle. Am Höhepunkt füllten rund eine halbe Million Menschen die Straßen, unter ihnen: Bauern, Lehrer, Anwälte und sogar Teile der Polizei. Sie fordern die Aufklärung der Katastrophe, bessere Lebensbedingungen, die Freilassung aller Verhafteten und

vorgezogene Wahlen. Die Gegendemonstrationen werden von Veteranen und regierungsnahen Kräften organisiert. Präsident Vučić führt eine Doppelstrategie: internationale Rückendeckung und nachweisliche Eskalation. Im März kamen verbotenerweise Schallkanonen zum Einsatz gegen Demonstrierende. Warum sind die Studierenden dennoch so erfolgreich? Weil sie Universitäten als organisatorische Knotenpunkte nutzen, moralisch glaubwürdig und nicht Teil des politischen Establishments sind. Sie protestieren gegen hohe Jugendarbeitslosigkeit, prekäre

Jobperspektiven und schlechte Studienbedingungen. Mit Märschen, Plena und kreativen Aktionen bringen sie die Menschen zusammen. Beteiligung aus über 400 Orten, Solidaritätsnetzwerke und die Idee lokaler Vollversammlungen haben die Bewegung tief in der Gesellschaft verankert. Ob daraus echter politischer Wandel erwächst, bleibt offen – den Kampf um die Köpfe und Herzen haben sie längst gewonnen. ★

**HANA (28)** studiert Politikwissenschaften und Volkswirtschaftslehre an der Goethe Uni in Frankfurt am Main.

## Indien

Die Students' Federation of India (SFI) ist Indiens größte progressive Studierendenorganisation, die sich für qualitative, bezahlbare und inklusive Bildung einsetzt. Im Gegensatz zu ihren Rivalen, die oft Produkte von „muscle and money“ Politik sind und von faschistischen politischen Parteien und privaten Kapitalisten finanziert werden, ist die SFI eine Organisation, die aus den Lebenserfahrungen gewöhnlicher Studierender geschmiedet wurde. Unsere Kämpfe sind keine inszenierten Stunts, die auf Wahlzyklen beschränkt sind; es sind anhaltende Kämpfe gegen die systemischen Ungerechtigkeiten, die uns täglich betreffen – von exorbitanten Gebührenerhöhungen und einem eklatanten Mangel an Wohnheimen, über die Ausbeutung durch die PG-Mafia bis hin zur Belastung durch unbezahlbare öffentliche Verkehrsmittel. Wir sind die Stimme der Studierenden, die die Hauptlast dieser Probleme tragen, eine Stimme, die jeden Tag Wahrheit zur Macht sagt.

Die SFI blickt auf eine lange und stolze Geschichte zurück, in der sie Patriarchat und Tokenismus innerhalb und außerhalb von Bildungseinrichtungen

bekämpft hat. Wir erkennen an, dass patriarchale Machtstrukturen tief verwurzelt sind, von den subtilen Vorurteilen in Lehrinstituten bis hin zur offensichtlichen Token-Präsenz von Frauen in Gremien. Während viele Organisationen Lippenbekenntnisse zur Gleichstellung der Geschlechter ablegen, indem sie eine einzige Frau in ihr Führungsgremium aufnehmen – ein klarer Akt von Tokenismus –, verfolgt die SFI einen anderen Ansatz. Wir glauben an echte Repräsentation und Führung. Dieser Einsatz wurde im letzten Jahr eindrucksvoll demonstriert, als wir eine rein weibliche Kandidatenliste aufstellten, ein historischer Schritt, der traditionelle Normen brach und bewies, dass Frauenführung nicht nur eine Möglichkeit, sondern eine Priorität ist. Unser Kampf gilt nicht nur unseren eigenen Mitgliedern; er gilt allen Studierenden. Wir verstehen, dass eine wahre Befreiung unmöglich ist, ohne die patriarchalen und unterdrückenden Systeme, die in unserer Gesellschaft existieren, zu zerschlagen.

Über den Kampf gegen das Patriarchat hinaus ist die SFI an vorderster Front im Kampf gegen Fremdenfeindlichkeit und Frauenhass. In einem historischen Schritt haben wir in diesem Jahr eine

starke Aussage über unser Engagement für Vielfalt und Inklusion gemacht, indem wir die erste Kandidatin aus dem Nordosten in der Geschichte der Wahlen zur Delhi University Students' Union (DUSU) aufstellten. Dies ist mehr als nur eine politische Taktik; es ist eine tiefgreifende Erklärung, dass die SFI alle Studierenden vertritt, unabhängig von ihrer regionalen oder kulturellen Herkunft.

Diese Aktion stellt die politische Erzählung direkt in Frage, die Studierende aus dem Nordosten marginalisiert und ausgrenzt, einer Gemeinschaft, die häufig Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit erfährt. Indem wir denjenigen eine Plattform geben, die historisch übersehen wurden, setzt sich die SFI nicht nur für ihre Rechte ein, sondern beweist auch ihr Engagement für eine wirklich inklusive und gerechte Studierendenbewegung. Wir kämpfen für eine Zukunft, in der sich alle Studierende, unabhängig vom Hintergrund, gesehen, gehört und repräsentiert fühlt. ★

**ABHINANDANA PRATYASHI**, Kandidatin als Sekretärin der Students Union (Verfassten Studierendenschaft) der University of Delhi vom Left Unity Panel.

# »BILDUNG IST UNSER WERKZEUG DER BEFREIUNG UND SELBSTBESTIMMUNG«

Murid Abukhater ist 2017 von Palästina nach Kuba gegangen, um dort an der Lateinamerikanischen Medizinhochschule (ELAM) zu studieren. Wir haben mit ihm über sein Studium und internationale Solidarität gesprochen.

**Im Juli hast du dein Studium erfolgreich abgeschlossen. Kannst du uns erzählen, wie du dazu gekommen bist, Arzt zu werden?**

Ich bin in Gaza aufgewachsen, mitten in Kriegen und Mangel. Schon als Kind träumte ich davon, Arzt zu werden. Meine Eltern, meine Lehrer und meine Freunde haben mich immer schon dort gesehen; sie sagten mir, dass man die Berufung in meinen Augen erkennen könne. In der Schule war ich ein fleißiger Schüler mit sehr guten Noten und wurde schließlich der Beste meiner Sekundarschule in der Stadt. Schon als Kind motivierte mich der Wunsch, den Schmerz anderer zu lindern und jenen Hoffnung zurückzugeben, die litten. Arzt zu werden war für mich nicht nur ein persönlicher Wunsch, sondern auch eine Möglichkeit, meinem Volk und der Menschheit zu dienen. 2017 erhielt ich die Gelegenheit, nach Kuba zu reisen, dank eines kostenlosen Stipendiums, das dieses Land den Palästinenser\*innen als Ausdruck der Unterstützung für unseren Kampf gewährt. So konnte ich den Weg beginnen, von dem ich immer geträumt hatte. Während des Studiums bestätigte sich für mich, dass die Medizin ein Weg des Dienstes ist, auf dem jede\*r Patient\*in eine Geschichte und eine Hoffnung darstellt. Heute, nach Abschluss meiner Ausbildung, fühle ich die Verantwortung, meinem Volk und der Welt das zurückzugeben, was ich gelernt habe, indem ich zu einer würdigen und humanen Gesundheitsversorgung beitrage.

**Die ELAM auf Kuba gilt als Symbol gelebter internationaler Solidarität. Was nimmst du von dort mit, und was gibt dir Hoffnung auf eine gerechte Welt?**

Die ELAM ist für mich viel mehr als eine Universität: Sie ist ein lebendiges Symbol für Solidarität und Gerechtigkeit. Dort lebte ich zusammen mit jungen Menschen aus Dutzenden von Ländern, viele von ihnen aus einfachen und schwierigen Lebensverhältnissen, vereint durch denselben Traum, anderen zu helfen. Von dort nehme ich eine Ausbildung mit, die über die Medizin hinausgeht. Wir gehen nicht nur als Ärzt\*innen hinaus, sondern als revolutionäre Mediziner\*innen, mit einem tiefen menschlichen und sozialen Bewusstsein. Dort habe ich gelernt, dass Heilen nicht nur bedeutet, Wissen anzuwenden, sondern sich für die Würde jedes Menschen einzusetzen und für eine gerechtere Welt zu kämpfen. Das Zusammenleben mit Studierenden aus so vielen Ländern und Realitäten hat mich gelehrt, dass Solidarität keine Theorie ist, sondern eine tägliche Praxis. Zu sehen, wie Kuba seine Türen öffnet, ohne etwas im Gegenzug zu verlangen, gibt mir Hoffnung, dass eine gerechtere Welt möglich ist. Die ELAM ist der Beweis, dass eine andere Welt möglich ist, in der Gesundheit und Leben über andere Interessen gestellt werden. Dieser Geist wird mich in meiner ärztlichen Tätigkeit immer begleiten.

**Wenn du an deine Heimat Palästina denkst – welche Bedeutung hat Bildung in der Zukunft für Befreiung, Selbstbestimmung und soziale Entwicklung?**

Für mich ist Palästina Erinnerung, Hoffnung und Kampf. Bildung ist unser Werkzeug der Befreiung und Selbstbestimmung: Sie gibt uns Wissen und Stärke, um unser eigenes Schicksal zu gestalten. Jede gelernte Lektion ist ein Schritt hin zu sozialer Entwicklung und Gerechtigkeit, sie stärkt unsere Identität und bereitet neue Generationen darauf vor, die Realität zu verändern. Bildung verwandelt Träume in Handeln und bringt uns näher an ein freies, würdiges und gerechtes Palästina, in dem Frieden und Hoffnung konkrete Rechte und nicht nur Wünsche sind.

**In der Internationalen heißt es: »Die Internationale erkämpft das Menschenrecht«. Was bedeutet für dich in diesem Zusammenhang internationale Solidarität?**

Für mich bedeutet der Satz aus der Internationalen, dass die gesamte Menschheit eine einzige Familie ist und dass die wahre Heimat der Mensch selbst ist – ohne Grenzen oder Fahnen, die das Recht auf Leben spalten. Mein Leben in Gaza hat mich gelehrt, dass der Schmerz eines palästinensischen Kindes nicht anders ist als der Schmerz eines Kindes irgendwoanders auf der Welt, und dass Solidarität keine Wohltätigkeit ist, sondern Gerechtigkeit. Fidel Castro sagte: »Inter-

nationalist zu sein heißt, unsere eigene Schuld gegenüber der Menschheit zu begleichen. Wer nicht fähig ist, für andere zu kämpfen, wird niemals fähig sein, ausreichend für sich selbst zu kämpfen.« Dieser Satz begleitet mich, weil er das zusammenfasst, was ich in Kuba erlebt habe: ein kleines Land mit vielen Einschränkungen, das dennoch fähig ist, das Wenige, das es hat, mit den Bedürftigsten zu teilen. Internationale Solidarität gibt mir Hoffnung auf eine gerechtere Welt, weil sie mir zeigt, dass – auch wenn Imperien Mauern bauen und Kriege säen – es Völker gibt, die Ärzte, Lehrer und Liebe säen. Fidel sagte auch: »Solidarität ist die Zärtlichkeit der Völker«, und diese Zärtlichkeit habe ich in den Hörsälen, in den Krankenhäusern und in jeder Geste der Unterstützung unter Kommiliton\*innen verschiedener Kontinente erlebt. Ich habe gelernt: Wenn ein Mensch dem anderen die Hand reicht, rettet er nicht nur ein Leben, sondern erhellet den Weg zu einer Zukunft, in der niemand zurückgelassen wird. Diese Überzeugung lässt mich spüren, dass meine Pflicht als Arzt weit über das Heilen von Krankheiten hinausgeht: Sie bedeutet, für Würde, Gerechtigkeit und Frieden zu kämpfen. Und auch wenn die Welt voller Ungleichheiten ist, erinnert mich die internationale Solidarität daran, dass die Hoffnung immer siegt, wenn sie geteilt wird.

*Das Interview führte Ari Alba Marquez vom SDS Frankfurt am Main*

# KOOPERATIVE ENTWICKLUNG GEGEN NEOKOLONIALE AUSBEUTUNG

Mit dem Niedergang des Imperialismus, rückt die Frage des Rechts auf Entwicklung der Völker in den Fokus. Zentral hierbei ist wissenschaftlich-technologische Zusammenarbeit um gemeinsam, international kooperativ Menschen- und Völkerrecht zu verwirklichen, statt neoliberaler Verschlaudummung.

Heute sind globale Eigentumsverhältnisse immer noch maßgeblich durch das Gefälle zwischen Neokolonien und Kolonialstaaten geprägt. Ein jahrhundertelanger Raubzug einiger weniger Länder, gegenüber dem Rest der Welt, der immer noch andauert. Erst durch militärische Unterwerfung, wurde dies mit der Befreiung vom Faschismus und der antikolonialen Bewegung zurückgeschlagen. Anschließend wurde der Imperialismus durch ökonomische Abhängigkeiten, Coups und Interventionen aufrechterhalten, die keine vom Westen unabhängige Entwicklung zulassen. Jetzt geschieht dies immer mehr mit den Instrumenten der bilateralen Handelsabkommen und unilateralen Sanktionen.

Der Wissenschaftsrat fordert nun, Universitäten gegen »Know-how-Abfluss« und »kritische Partner« abzuschotten. Offene Publikationen und internationale Kooperationen sollen eingeschränkt, sicherheitsrelevante Forschung gefördert werden. Wovor haben die Hohen Rät\*innen in ihren hohen Türmen denn so viel Angst?

Nach dem Zusammenbruch der Blockfreien Bewegung und der Sowjetunion herrschte lange fast unangefochtener neoliberaler NATO-Terror. Doch langsam richten sich die unterdrückten Völker gemeinsam auf, mit dem noch

sehr vorsichtigen Anspruch, diese Unterjochung zu überwinden und eine neue Weltordnung, auf Völkerrecht und kooperativer Entwicklung ausgerichtet, anzugehen. Exemplarisch hierfür ist die von den G77 und China 2023 in Havanna verabschiedete Erklärung »Aktuelle Entwicklungsherausforderungen: Rolle von Wissenschaft, Technologie und Innovation«.

Gemeinsam stellen sich die über 130 Staaten aus dem globalen Süden gegen einseitige Zwangsmaßnahmen, wie unilaterale Sanktionen, Technologie-Monopole und ungleichen Zugang zu wissenschaftlichen Erkenntnissen und nehmen sich vor, vermehrt Süd-Süd-Kooperationen einzugehen. Konkret gefordert wird fairer Technologietransfer, Reform der Gesetze des geistigen Eigentums, Stärkung der wissenschaftlichen und technologischen Fähigkeiten in Entwicklungsländern, Demokratisierung von internationalen Institutionen wie der World Trade Organisation (WTO) und eine ausreichende Finanzierung für Wissenschaft, Technologie und Innovation global.

Bemerkenswert an dem Papier ist, wie weitreichend und fortschrittlich das Programm ist. Widersprüche zwischen den Staaten, von politischen, bis hin zu heißen Krie-

gen, werden überwunden im allgemeinen Interesse einer nachhaltigen Entwicklung globaler Verhältnisse:

Vor globalen Herausforderungen wie dem Klimawandel, Armut, Hungersnot und kriegerischer Ausbeutung, ist eine national beschränkte und den Interessen von Profiteuren orientierte Wissenschaft nicht gewappnet.

Eine Wissenschaft, die diese angehen soll, muss international und an verallgemeinerbaren Maßstäben wie den Sustainable Development Goals (SDGs) orientiert sein. Nicht nur zwischen den Staaten muss der Zugang zu Wissenschaft und Technologie allen Bürger\*innen der Welt zugänglich werden. Die Wissenschaft benötigt die Ideen und Klugheit aller Menschen und muss auch von allen gestaltet werden. Auch wird an Wissenschaftler\*innen weltweit appelliert, explizit im globalen Norden, gemeinsam die Entwicklung von Wissenschaft und Technologie anzugehen, um die momentanen Abhängigkeiten zu überwinden.

Hier in unserem neoliberal verkommenen und zunehmend militarisierten Wissenschaftssystem haben wir also noch viel von den globalen Kolleg\*innen zu lernen. Dafür kommt es darauf an, genau mit den Wissenschaftler\*innen der unterdrückten Staaten, denen die zu Feinden er-

klärt wurden und ganz explizit den BRICS-Staaten, zu kooperieren.

Gemeinsam haben wir die Möglichkeit, die Herausforderungen der Menschheit anzugehen und zu lösen, um das Menschen- und Völkerrecht zu verwirklichen. Erhöhen wir die Finanzierung von Bildung und Wissenschaft, statt das Geld für Waffen und Kriege auszugeben, lassen sich Kriege endgültig überwinden und globale Verhältnisse auf Augenhöhe gestalten. Statt der nächsten bezugslosen Studienleistung oder einem entwürdigenden Drittmittelantrag hinterherzulaufen, könnten wir unsere Denkarbeit gemeinsam im Dienste unser aller Interesse nutzen.

Es liegt an uns allen, tatsächlich für Frieden, Demokratie und Nachhaltigkeit zu wirken, um den Vorhaben einer der Logik von Konkurrenz und Sicherheitsdenken unterworfenen Wissenschaft endgültig in der Vergangenheit zu lassen. ★

**FREDDY**, 22, studiert Physik in Köln und freut sich, dass das langsam zu Ende geht mit diesem Imperialismus-Ding.





# MIT KÖPFCHEN AUS DER KRISE! BAFÖG FÜR ALLE ERKÄMPFEN!

In Köln fand der BAFÖG-Kongress statt. Dort diskutierten wir, wie wir BAFÖG für alle entgegen der Kriegsvorbereitungen, der Konkurrenz und der Bescheidenheit erstreiten.

»1. Jeder hat das Recht auf Bildung. [...] 2. Die Bildung muss auf die volle Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit und auf die Stärkung der Achtung vor den Menschenrechten und Grundfreiheiten gerichtet sein. Sie muss zu Verständnis, Toleranz und Freundschaft zwischen allen Nationen und allen Gruppen, unabhängig von Herkunft und Religion, beitragen und der Tätigkeit der Vereinten Nationen für die Wahrung des Friedens förderlich sein.« – Art. 26 der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte

Mit diesem Grundsatz diskutierten vom 5. bis 7. September Engagierte beim BAFÖG für Alle-Kongress an der Uni Köln, wo verschiedene Vertreter\*innen der heutigen und damaligen Studierendenbewegung, dem Studierendenwerk und der Gewerkschaften über den gemeinsamen Kampf für die Verbesserung der sozialen Lage von Studierenden und emanzipatorischer Bildung für alle berieten. Beim Eröffnungspodium diskutierten Elias Gläser (Liste Links Hamburg & BAFÖG für Alle-Kampagne), Kumar Ashish (Bund Ausländischer Studierenden), Lars Pieper (Campusgrün der SpoHo Köln) und Philipp Gravenhorst (Bundesvorstandsmitglied vom SDS) mit dem Plenum über die gesellschaftliche Bedeutung der Hochschulen und wie der Kampf für BAFÖG für Alle paradigmatisch eine soziale gesellschaftliche Wende vorantreibt.

Es ist absurd, dass jemand Geld für das Studium zahlen muss. Denn Studieren

ist selbst geistige Arbeit, die es für gesellschaftliche Entwicklung zu fördern gilt. Warum muss man erwarten, dass die Eltern einem das Studium finanzieren, oder man in Nebenjobs versinkt, um zu überleben? Wer studieren möchte, sollte sich nicht ein Leben in Armut vorstellen, sondern eine Phase, in der man für eine zivile, solidarische, nachhaltige und demokratisch-aufgeklärte Entwicklung der Gesellschaft lernt und kämpft.

Schon im historischen SDS hatte der Kampf um BAFÖG Geschichte. Als ehemaliges Vorstandsmitglied des historischen SDS sprach Frank Deppe über die Kämpfe. Zentrale Ziele des SDS waren die Demokratisierung der Universitäten gegenüber den Feudalstrukturen der Professor\*innen, die Beendigung des US-Kriegs in Vietnam, und dafür die Verknüpfung von Wissenschaft und Gesellschaft. Der emeritierte Politikwissenschaftler zeigte auf, welche Bedeutung für Befreiung und Veränderung die gewaltige Kulturrevolution der 68er hat. Diese Umwälzung wollen wir heute neu vorantreiben. Das BAFÖG für alle fasste Frank Deppe als real-uto- pische Reformperspektive, welche aktuell möglich ist, aber im Widerstand zu den herrschenden Verhältnissen durchgesetzt werden muss.

»Verändern und befreien. Vielleicht hatten sie es auch gar nicht so oft gesagt und er bildete es sich nur ein. Aber er hatte an dem Abend im Cosinus diese Worte zum ersten Mal mit einer neuen Bedeutung gehört. Er hatte

das Gefühl gehabt, als löse sich eine Erstarrung langsam auf, die er früher nicht einmal bemerkt hatte.« (Uwe Timm)

Die Perspektive auf Befreiung und Verändern bestimmte die Lesung aus dem Roman »Heißer Sommer« von Uwe Timm, in dem die Studierendenbewegung von 1968 literarisch verarbeitet wurde. Die Lesung zu Entwicklungsfragen von Solidarität, Offenheit und Kampfesmut in Gegnerschaft zur herrschenden Kultur eröffnete die engagierte Diskussion.

In den Diskussionen mit Matthias Anbuhl (Vorstandsvorsitzender des Deutschen Studierendenwerks) und Janine Deling (DGB Jugend Köln) kristallisierte sich heraus, dass die Entwicklung von Kampfesmut gegen Aufrüstung und den damit verbundenen Sozialstaatskürzungen gemeinsam erarbeitet werden muss. Raus aus einer Elendsverwaltung, bei der das Studierendenwerk mit dem Ausstellen vom BAFÖG mehr einem Sozialamt gleich und die Gewerkschaften sich auf schlechtere Zeiten einstellen. Für einen größeren Verteilungskampf verlangt es ein besseres Selbstverständnis von Konfrontation gegenüber Staat und Arbeitgeber\*innen von den Arbeiter\*innen, den Gewerkschafter\*innen und Studierenden aus.

Damit war der Kongress ein bewegender und gelungener Auftakt für die Intensivierung der Kämpfe und Kampagne für das BAFÖG für Alle. ★

## BAFÖG für Alle

Es ist die Realutopie für eine humane Welt, die wir unter den jetzigen Bedingungen neu durch unseren Widerstand erstreiten können und müssen. Es gilt eine neue solidarische Kultur zu erstreiten, mit viel Freude zu füllen, um eine bessere Bildung zu erringen. Es kommt auf uns an, daher schließt euch uns an: [www.bafög-für-alle.de](http://www.bafög-für-alle.de)

Videaufnahmen vom BAFÖG-Kongress:



**LEO ROTT** (24) studiert Musik & Philosophie und ist im BAK Hochschulpolitik aktiv. Er ist für Bafög statt Bomben.



# KÜRZEN BIS ZUR KRIEGSTÜCHTIGKEIT

Während Rekordausgaben fürs Militär beschlossen werden, bleibt für Studis und Forschende wenig übrig. Diese Entwicklungen verlaufen nicht parallel, sondern sind eng miteinander verknüpft.

Die Hochschulen in Deutschland sind von einer krassen Kürzungswelle betroffen. Oft geht es an die Grundfinanzierung. In Berlin und Hessen zahlen die Landesregierungen weniger als vertraglich zugesagt, in Nordrhein-Westfalen soll die Grundfinanzierung um 5% gekürzt werden, bei Studierendenwerke wird allerorten gestrichen. Auch im Bundeshaushalt zeigt sich diese Tendenz: Weniger Geld fürs BAföG, das Deutschlandticket wird nach einem Jahr um fünf Euro teurer, die humanitäre Hilfe innerhalb von drei Jahren auf ein Drittel gekürzt, beim Bürgergeld gibt es eine Nullrunde. Alle müssen also den Gürtel enger schnallen? Hat sich die Ampel an der Schuldenbremse noch zerstritten, scheint die Marschrichtung unter der neuen Regierung klar: Während im März ein 500 Milliarden Euro schweres schuldenfinanziertes Sondervermögen beschlossen wurde und der Rüstungsetat bis 2029 verdreifacht werden soll, müssen alle anderen Bereiche zurückstecken – Aufrüstung, whatever it takes.

## Wer Geld will, muss seine Kriegstüchtigkeit unter Beweis stellen

Ergänzend zu den Kürzungen zeigen die Vorbereitung der Wehrpflicht, die

rechtswidrige Zurückweisung von Geflüchteten an den deutschen Grenzen und die Unterdrückungsversuche gegen palästinasolidarische Aktivist\*innen, dass es auch darum geht, die Gesellschaft moralisch auf den Krieg einzustellen. Rechtsbrüche und Abschottungspolitik werden normalisiert, während wir darauf eingestimmt werden, unser Leben für nationale Interessen herzugeben. An den Hochschulen vollzieht sich diese Entwicklung genauso.

CSU-Forschungsministerin Bär hat mit ihrer „Hightech-Agenda“ angekündigt, das Wirtschaftswachstum anzukurbeln und die Kriegsvorbereitungen zu verstärken. Forschung zu KI, Fusionsenergie und Quantentechnologien sollen dafür vorangebracht werden. Vorzugsweise für die Bundeswehr, welche stärker in die universitäre Forschung einbezogen werden soll. Nach dem Willen der Unionspartei könnten Zivilklauseln durch eine Verpflichtung zur Zusammenarbeit mit der Bundeswehr ersetzt werden. In den USA ist die Lage zugespitzt: Mit der Abschottung der Unis gegen Ausländer\*innen, der Repressionen gegen palästinasolidarische Proteste und einer Liberalisierung des Forschungsbetriebes will Trump seine Agenda durchsetzen und die Vorherrschaft eines weißen Kapitals erhalten. Er versucht diesen Kampf

unter anderem über Kürzungen zu führen. Teils erfolglos: Ein Bundesgericht entschied, dass die Fördermittelvergabe nicht mit einer vermeintlichen Antisemitismusbekämpfung verknüpft werden darf, wie das ja auch Bettina Stark-Watzinger überlegte.

Studierende sollen sich im Gehorsam üben und keine Ansprüche stellen. Dies lässt sich etwa beim Sold für den neuen Wehrdienst beobachten, der mehr als doppelt so hoch wie der BAföG-Höchstsatz ist. Arbeitslose, Studierende und Arbeiter\*innen sollen Opfer bringen, um die Staatskasse zu füllen. Doch von diesem Appell angenommen werden stets die Reichen. Die Vermögenssteuer bleibt ausgesetzt und für Unternehmen gibt es sogar Steuersenkungen. Schwarz-Rot zeigt in aller Deutlichkeit, dass es auf der Seite des Kapitals steht.

## Die Antwort auf Zwang lautet Solidarität

An vielen Unis hat sich statusgruppenübergreifend Widerstand gegen die Kürzungen formiert – der größte war mit Sicherheit in Berlin und Hessen, wo sich gezeigt hat, dass es sich lohnt zu kämpfen. Wo Kürzungen vorher »alternativlos« waren, konnten sie verringert werden. Doch an diesem Punkt können

wir nicht stehen bleiben. Auch wenn es einigen Hochschulleitungen lieber wäre, geht es nicht um einige Peanuts mehr oder weniger. Wir müssen diese Proteste mit der Frage verknüpfen, wie wir leben wollen. Was bedeutet Solidarität? Welchen Stellenwert wollen wir Forschung und Bildung geben? Da es sich um systemgemachte Probleme handelt, brauchen wir systemische Antworten darauf. Unsere Antwort kann nur der Angriff auf die Verhältnisse sein. Dabei dürfen wir uns nicht gegeneinander ausspielen lassen, sondern müssen für unsere gemeinsamen Interessen kämpfen: Als Studierende müssen wir zusammen mit Wissenschaftler\*innen für eine höhere Grundfinanzierung kämpfen und im Bündnis mit Bürgergeldempfänger\*innen und Geflüchteten den Kampf für Umverteilung und emanzipatorische Bildung führen, der sich in aller Klarheit gegen die Kapitalverwertung und Militarisierung richtet. Auch wenn die Welt manchmal wenig Anlass zur Hoffnung gibt, lässt sie sich verändern. ★

**PHILIPP** (26) studiert Soziologie in Bremen und ist im Bundesvorstand des SDS. Trotz Regierungsbeteiligung der Linken zahlt er jetzt 90€ mehr Semesterbeitrag als vor einem Jahr.



# OPPOSITION IM ALLTAG – UNSERE SOZIALISTISCHE ANTWORT AUF DEN STATUS QUO

Was tun, ohne echte Opposition in den Parlamenten? Wenn Die Linke Aufrüstungspläne mitträgt und einer rechtskonservativen Regierung den Weg bereitet? Opposition entsteht nicht im Parlament, sondern im Alltag. Sie wächst dort, wo Menschen erfahren, dass das Bestehende nicht nur ungerecht, sondern veränderbar ist.

Aktuell existiert kaum eine Opposition im Parlament. Die Grünen sind längst Verwaltende des Kapitals und die Bundestagswahl 2025 brachte der Linken dank oppositionellem Wahlkampf viele Stimmen, doch statt darin die Notwendigkeit einer schlagkräftigen Opposition zu erkennen, träumen manche schon wieder von Regierungsbeteiligungen. Besonders mit Blick auf die Wahlen 2026 hört man oft, die Linke müsse »Verantwortung« übernehmen. Doch Verantwortung gegenüber wem? Den Arbeitenden oder den Herrschenden? Was heißt »Verantwortung«, wenn sie in der Praxis bedeutet, die Kanzlerwahl des Klassenfeindes Merz zu ermöglichen, für Aufrüstung zu stimmen und angesichts des Genozids in Palästina zu schweigen? Eine Linke, die an solchen Punkten einknickt, beweist nicht Verantwortung, sondern Unterordnung.

## Lesen gegen Krieg

Wenn wir als Studis über Opposition sprechen, führt kein Weg an der Außerparlamentarischen Opposition und der 68er-Bewegung vorbei. Sie stellten sich gegen eine autoritäre Hochschule, die höhere Bildung für Privilegierte

reservierte, gegen eine BRD ohne Opposition, widersprachen der Wiederbewaffnung und faschistischen Eliten. Ihr Ziel war ein Studium im Interesse der Mehrheit. Statt Anpassung setzten sie auf Widerstand und Demokratisierung. Neben Demos und Besetzungen machten Teach-ins, autonome Tutorien und marxistische Lesekreise Unis zu Orten des Kampfes gegen Imperialismus und Krieg. So erstritten sie das BAföG und antifaschistische Leitbilder. Doch mit jedem Teilerfolg stellte sich die Frage: Wie weiter? Wie bleibt man oppositionell, ohne in Verbalradikalität zu verfallen oder sich mit kleinen Reformen zufriedenzugeben?

## Mehr als nur dagegen

Opposition ist nicht nur »Nein« sagen. Die 68er\*innen verbanden Protest gegen den Vietnamkrieg mit dem Aufbau eigener Strukturen. Wir müssen gegen Aufrüstung, Genozid und Kürzungen mobilisieren und gleichzeitig Orte schaffen, an denen eine andere Gesellschaft sichtbar wird. Ob BAföG für Alle, Ausfinanzierung von Bildung oder Friedenswissenschaft statt Kriegsforschung: Unsere Forderungen wirken nur, wenn sie Teil eines größeren Kampfes sind. Sie müssen die imperi-

alistische Ordnung herausfordern und eine Alternative sichtbar machen.

## Opposition im Alltag

Die herrschende neoliberale Kultur treibt uns in Vereinzelung, Selbstoptimierung und Anpassung. Opposition im Studi-Alltag bedeutet, mit dieser Logik zu brechen. Seminare dürfen nicht bloße Leistungsabfragen, sondern müssen Räume der Kritik, des gemeinsamen Lernens und der Solidarität sein. Wir brauchen Tutorien, Debatten und Forschung im Interesse der Mehrheit. So schaffen wir eine oppositionelle Campuskultur, die nicht nur reagiert, sondern mitgestaltet. Sie bewirkt, dass wir nicht für Karrieren studieren, sondern um das System in Frage zu stellen und zu überwinden. Wir müssen auch außerhalb der Uni Kämpfe verbinden, verallgemeinern und organisieren. Eine sozialistische Partei, die nur auf Parlamentslogik setzt, verliert. Sie muss dort präsent sein, wo Widersprüche im System auftreten, Auseinandersetzungen stattfinden, wo Gegenmacht entsteht. Eine Opposition, die diesen Namen verdient, verlagert den Ort des Widerstands in die Lebensrealitäten unserer Klasse und kämpft in breiten Bündnissen.

Gemeinsam mit Schüler\*innen, Azubis und Gewerkschaften müssen wir Strategien entwickeln und für Absicherung eintreten. Mit Kolleg\*innen in den Betrieben diskutieren, wie Veränderung von unten erkämpft werden kann. Partei und Verband müssen Erfahrungen aus Kämpfen zusammenführen und klar sozialistische Forderungen vertreten.

Der SDS war der Motor einer Bewegung, die nicht auf Sympathien im Parlament hoffte, sondern im Alltag mobilisierte. Auch heute dürfen wir uns nicht auf parlamentarische Stellvertretung verlassen, sondern müssen Strukturen aufbauen, die Kämpfe miteinander verbinden, solidarische Räume schaffen, in denen politische Bildung und Organisierung Hand in Hand gehen und klar sagen: Opposition ist nicht Verwalten, sondern Kämpfen! ★

**ANJO** (20) studiert Philosophie und Sozialwissenschaften an der Humboldt Uni in Berlin. Er weiß noch nicht, wie er ohne Führerschein später »Taxifahren« soll.





# UNIVERSITÄTEN ALS ORTE DER HOFFNUNG

Wir glauben nicht, dass die Krisen unserer Zeit allein in den Parlamenten gelöst werden. Deshalb sind wir an den Unis und darüber hinaus als Studierendenverband der Linken aktiv. Von hier aus tragen wir die Kämpfe in die Partei – für eine Linke, die organisiert und verändert.

Universitäten und Fachhochschulen sind mehr als Orte der Berufsausbildung. Sie sind Räume, in denen sich vor allem junge Menschen politisieren, bilden und zusammenschließen können. Fast die Hälfte eines Schul-Jahrgangs beginnt heute ein Studium, viele sind offen für linke Ideen und bereit, die Widersprüche ihres Alltags kritisch zu hinterfragen. Das Potential ist groß, doch es entfaltet sich nicht von selbst. Wir verstehen es als unsere Aufgabe hier zu intervenieren, auf unsere Kom-

miton:innen zuzugehen, ihre Fragen aufzunehmen und gemeinsam Perspektiven jenseits von Leistungsdruck und Konkurrenz zu entwickeln. Nur so können die Hochschulen zu Orten der Hoffnung werden, die Impulse für gesellschaftliche Veränderung geben. Obwohl wir als SDS (sozialistisch demokratischer Studierendenverband) der Linkspartei naheliegen, bleiben wir organisatorisch und inhaltlich eigenständig. Wir haben eine klare Parlamentarismuskritik und sind der Überzeugung, dass gesellschaftliche Veränderung nicht in erster Linie durch Verhandlungen und Kompromisse in Parlamenten erreicht wird. Veränderung entsteht dort, wo Menschen von unten Druck aufbauen und ihre Interessen kollektiv durchsetzen. Mit dieser Haltung knüpfen wir bewusst an die Tradition der Studierendenbewegung der 60er Jahre an, die gezeigt hat, dass Fortschritt vor allem durch Widerstand auf der Straße, in den Betrieben und den Hörsälen erkämpft wird. Deshalb verstehen wir uns als außerparlamentarischen Akteur, der konsequent die Interessen der Studierenden und der arbeitenden Klasse vertritt. Während es für andere Parteijungen oft darum geht, sich in Ämtern hochzuarbeiten, wollen wir nicht die reformistische Parteilite von morgen hervorbringen. Wir wollen eine Organisation sein, die ihre Energie auf gesellschaftliche Emanzipation konzentriert.

Unsere besondere Rolle innerhalb der Partei lässt sich gut durch ein Bild beschreiben. Die Partei gleicht einem schweren Dampfer. Sie verfügt über viel Gewicht, über rigide Strukturen und eine gewachsene Organisation. Ihr Kurs lässt sich jedoch verändern, wenn auch langsam. Wir hingegen sind wie ein kleines Segelboot. Wir sind beweglich, wendig und in der Lage, unmittelbar auf neue gesellschaftliche Entwicklungen zu reagieren. Genau darin liegt unsere Stärke. Wir sind der bewegungsorientierte Teil der Partei, der Präsenz auf der Straße und im Betrieb zeigt, Bündnisse eingeht und Impulse aus den Kämpfen vor Ort aufgreift.

Aus unserem Selbstverständnis ergibt sich auch unser Verhältnis zur Partei. Wir wollen die Partei aktiv von links verändern, indem wir die Erfahrungen aus sozialen und betrieblichen Bewegungen aufnehmen und sie in die Partei hineinragen. Auf diese Weise wirken wir kontinuierlich darauf hin, dass sich Positionen verschieben und die Partei konsequent auf der Seite der Unterdrückten und Ausgebeuteten steht.

Die faktische Neuzusammensetzung der Partei begreifen wir dabei als Potential. Besonders zeigt sich dies im Diskurs um Palästina. Viele der neuen Mitglieder vertreten selbstverständliche palästinasolidarische Positionen

und verändern so auch das Kräfteverhältnis von der Basis aus. In ihren lokalen Kreisverbänden organisieren sie Veranstaltungen und Demonstrationen und sorgen damit dafür, dass die Linke stellenweise endlich sichtbar gegen den Genozid einsteht.

Wir erleben gerade, dass viele Menschen in die Partei kommen, weil sie die bestehenden Verhältnisse nicht akzeptieren und aktiv werden wollen. Sie verstehen die Linke nicht als Mandatspartei, sondern als eine organisierende Kraft, die wieder in Betrieben, an Schulen und Hochschulen präsent ist. In dieser Dynamik liegt die Chance, eine Linke aufzubauen, die sich nicht mit der Verwaltung des Bestehenden zufrieden gibt, sondern den Anspruch erhebt, es grundlegend zu verändern. Gerade an den Hochschulen entscheidet sich, ob dieses Potential real wird. Wenn wir mit unseren Kommiliton:innen gemeinsam aktiv werden, werden die Hochschulen zu diesem Motor gesellschaftlicher Veränderung! ★

ANZEIGE

**NINA** (25) will eigentlich Psychologin werden, ist gerade aber eher auf dem Weg zur professionellen Verfasserin von Telegram Nachrichten.





# SOLIDARITÄT MIT QUEER-FEMINISTISCHEN KÄMPFEN

Antifeminismus und Queerfeindlichkeit wird von der Rechten genutzt, um Menschen für ihre Zwecke zu mobilisieren und ihnen damit eine vermeintliche Sicherheit durch ihr reaktionäres Geschlechter- und Familienbild zu geben. Gleichzeitig nimmt Gewalt an queeren Menschen und Frauen momentan wieder zu. – Ein Aufruf dazu sich (in der linken Politik) gerade jetzt mit queerfeministischen Kämpfen zu solidarisieren.

Es ist Sommer. Ich laufe durch ein kleinbürgerliches, ruhiges, grünes Viertel in meiner Stadt. Plötzlich sehe ich eine Person auf einem Motorrad, komplett in schwarz gekleidet, sein Gesicht vom Motorradhelm verdeckt, vor mir aufragend. Er fragt, warum meine Haare so »schiefe« geschnitten sind. Ich schaue ihn nur irritiert an. »Ach wegen dem Feminismus sind deine Haare so«, sagt er und fängt an über die scheiß Feministinnen zu schimpfen. Ich sage immer noch nichts, immerhin sitzt er auf einem großen Motorrad, das mich gleich über den Haufen fahren könnte. Schließlich zischt er mit seinem Motorrad an mir vorbei. Erleichtert und verwirrt laufe ich weiter.

Als ich wieder zu Hause bin, steck ich mir meine Haare zurück, als könnte ich damit verhindern zu queer oder zu »feministisch« auszusehen.

## Antifeminismus und das konservative Geschlechterbild der Rechten

Frauenfeindliche und queerfeindliche Anschläge, Gewalt und Hass werden immer mehr und die Rechte setzt ihr konservatives Geschlechter- und Familienbild wieder stärker durch. Der zunehmende Antifeminismus und Konservatismus ist Teil eines rechten Zeitgeistes und des autoritären Staatsumbaus. Dabei wird die bürgerliche,

heterosexuelle, monogame Kleinfamilie hochgehalten. Die vermeintliche Natürlichkeit der Geschlechter und Geschlechterbeziehungen soll erhalten werden, um in einer scheinbaren sozialen Sicherheit zu verbleiben. Im Antifeminismus wird aktiv gegen die Errungenschaften des queeren und feministischen Aktivismus vorgegangen und »Genderwahn« zu einem rechten Kampfbegriff. Es wird wieder vermehrt ein Männerbild propagiert, dass sich durch Stärke, Gewalt und Autorität definiert, was auch für die zunehmende Militarisierung genutzt wird – all diese Narrative werden von rechten Kräften gebraucht, um einen Teil der Bevölkerung für sich zu gewinnen.

Vielleicht lernen gerade Frauen, trans\* Menschen und queere Menschen allgemein in dieser Zeit sich immer mehr selbst abzulehnen, während die Gesellschaft nach rechts rückt. Soziale Anpassung ist eine Form zu überleben. Wenn sich außerhalb der unausgesprochenen Vorschriften bewegt wird, droht soziale Ausgrenzung und (unbeabsichtigte) Isolation von außen. Und außerhalb der hetero/cis/genderkonformen Norm zu leben, ist ein Angriff auf normative, konservative Vorstellungen, die dich in einen bestimmten Rahmen zwingen wollen.

auch heißt, dass im Klassenkampf explizit Frauen und queere Menschen, sowie andere Menschen und ihre spezifischen Diskriminierungen/Kämpfe mitgedacht werden sollten. Darum ist dies eine Aufforderung sich in der linken Politik und im Klassenkampf mit trans\* Menschen, queeren Menschen und Frauen aktiv zu solidarisieren. Auf der anderen Seite sollten bei queeren und feministische Kämpfen auch Bezüge zum Klassenkampf mitgedacht werden bzw. bedacht werden wie und wo diese Kämpfe ineinandergreifen. Denn wenn sich die Klassenunterschiede auflösen würden, könnten Frauen und queere Menschen in größerer Freiheit leben. Viele queere Menschen müssten sich weniger verstecken und könnten sich auf die Weise ausleben, die ihnen entspricht, weil sie nicht in finanziellen Abhängigkeiten wären. Und viele Frauen könnten ebenfalls aus diesem Grund selbstbestimmter über ihr Leben entscheiden. Gleichzeitig, mit der Überwindung der Klassenverhältnisse, müsste aber auch für allgemeine soziale Akzeptanz gekämpft und die patriarchale, heteronormative und in binären Kategorien konstruierte Gesellschaftsordnung aufgebrochen und verändert werden. Ein solidarischer Klassenkampf bezieht dies mit ein und sieht es nicht als eine von sich unabhängige Sache. ★

ANZEIGE

## GEMEINSAM LERNEN VON UND MIT KUBA



MACH MIT BEI *Cuba si*  
cuba-si.org | @cuba.si

## Was können wir tun, um mehr Solidarität herzustellen?

Eine Antwort darauf ist eine Empathie im Miteinander und uns darauf zu einigen, dass wir eine bessere Gesellschaft für alle Menschen wollen. Was

**DARIA** (24) ist professionelle Zweiflerin und Geschichtenerfinderin. Zurzeit versucht sie damit anzufangen ihre Meinung in Worte zu fassen und ihr Studium der Literaturwissenschaft zu beenden.





**WAS UNS DAS SOZIALISTISCHE KUBA ÜBER INTERNATIONALE SOLIDARITÄT LEHRT**

Imperialismus und Neokolonialismus erscheinen vielen wie eine vergangene Episode der Geschichte. Doch sie zeigen auch heute noch ihre grässlichen Gesichter, sei es durch CIA-finanzierte Militärcoups, Marionetten-Kabinette zur Durchsetzung westlicher Firmeninteressen, internationale unilaterale Handelssanktionen oder umfassende Finanz- und Wirtschaftsblockaden. Kuba ist einer der betroffenen Staaten und ist seit der kubanischen Revolution, welche das Ende der Diktatur der US-Marionette Batista besiegelte, ein Dorn im Auge des US-Imperialismus und seiner Verbündeten. Der Grund: Kuba ist ein sozialistisches Projekt. Seit dem Jahr 1959 muss sich die Revolution deshalb massiven Kampagnen, Blockaden und Angriffen erwehren, die nicht nur der Wirtschaft des Landes, sondern auch der Bevölkerung massiv schaden. Um ein besseres Verständnis von internationaler Solidarität und den Auswirkungen der imperialistischen Aggressionen gegen Kuba zu entwickeln, sind wir als Mitglieder der zweiten gemeinsamen Jugendbrigade von SDS, Cuba Sí und der Linksjugend [solid] zum 1. Mai nach Kuba gereist. Im Rahmen der zweiwöchigen Reise besuchten wir verschiedene Einrichtungen wie die Lateinamerikanische Medizin-Schule ELAM, in der wir hautnah die kubanische Solidarität erleben konnten: die Regierung Kubas stellt

Stipendien für Menschen aus aller Welt bereit, um in der ELAM und an anderen Universitäten zu studieren. Auch die Medizinbrigaden, die in zahlreichen Staaten des globalen Südens Hilfe leisten, sind ein gutes Beispiel für internationale Solidarität: trotz der US-Blockade schickt Kuba Ärzt\*innen in andere Länder, um dort der Bevölkerung in Krisen zu helfen oder zum Aufbau der nationalen Gesundheitssysteme beizutragen. Solidarität heißt somit, dass wir *gemeinsam* arbeiten, um uns dem Imperialismus und dem Kapital entgegenzustellen, sei es durch Konferenzen, Partnerstädte oder -projekte. Deshalb sollte für uns internationale Solidarität nicht nur Spenden in Form von Geld oder Gütern bedeuten, sondern: das Einsetzen für Probleme in Deutschland *und* gleichzeitiges Teilen unserer Ressourcen, Zeit und unseres Kampfes. Ganz im Sinne Kubas: »Wir teilen nicht nur, was übrig ist, wir teilen, was wir haben.« ★

**LILY** (20) ist leidenschaftliche Künstlerin und in Münster organisiert. Sie findet, dass Fußball-Fankultur nur zur Entzweiung des Proletariats da ist.



**SDS** SOZIALISTISCH-DEMOKRATISCHER STUDIERENDENVERBAND

**WER WIR SIND UND WAS WIR MACHEN**

Die Linke.SDS ist der größte sozialistische Studierendenverband Deutschlands. Wir sind an über 60 Hochschulen bundesweit organisiert und laden Dich herzlich ein, mit uns gemeinsam die Hochschulen und die Welt zu verändern!

Die globalen Auseinandersetzungen werden immer brutaler und auch die Klimakrise betrifft uns mittlerweile in Deutschland ganz akut – der Kapitalismus kann als System nur versagen. Rüstungshaushalt und Inflationskrise haben die soziale Lage von Studierenden verschärft und treiben immer mehr von uns an die Armutsgrenze. Und während sich Konzerne die Taschen voll machen, sollen wir wieder in den Krieg geschickt werden, um ihre Profite zu sichern. Nachdem die Bundesregierung mal eben die Schuldenbremse für Aufrüstung aufhob, wird uns noch immer erzählt, für Bildung, Verkehrswende und Soziales sei kein Geld da. Während wir mit Arbeitnehmer\*innen für höhere Löhne streiken, fordern Arbeitgeber\*innen die Beschränkung dieses Grundrechtes.

Dem stellen wir uns gemeinsam entgegen und kämpfen für eine bessere Zukunft. Die Veränderung muss im Hier und Jetzt beginnen – wir brauchen einen gesellschaftlichen Wandel, um ein ökologisches und soziales Desaster zu verhindern. Darum organisieren wir Aktionen und Proteste, unterstützen Streiks und Arbeitskämpfe, bilden und vernetzen uns. Eine solidarische Gesellschaft können wir nur gemeinsam erkämpfen.

Dafür braucht es eine starke sozialistische Stimme an den Hochschulen, den Kampf um die Wissenschaften, in der Gesellschaft und vor allem braucht es jede und jeden Einzelne\*n. Schau' gerne auf unserer Homepage vorbei, folg' uns auf Social Media, komm' zu einem der Plena unserer Lokalgruppen und mach mit. Wir freuen uns auf Dich!

**INSTAGRAM**

@dielinke.sds  
@critica.zeitung

**WEBSITE**

www.linke-sds.org  
www.critica-zeitung.de

**SO ERREICHST DU UNS**

info@linke-sds.org  
030 / 24009134

**Lösungen für das Quiz auf der Rückseite:**

1d, 2a, 3c, 4b, 5a, 6d



# AUS DER GESCHICHTE LERNEN

1

Was war ein zentraler Auslöser der Studierendenbewegung in Westdeutschland (1967/68)?

- a Der Tod von Benno Ohnesorg bei einer Demonstration gegen den Schah-Besuch in Berlin
- b Der Vietnamkrieg
- c Die geplante Notstandsgesetzgebung
- d Alle drei Faktoren zusammengenommen

2

Wer prägte die Worte: »Die Geschichte wird uns freisprechen« (»La historia me absolverá«)?

- a Fidel Castro
- b Salvador Allende
- c Evo Morales
- d Ernesto Cardenal

3

Wo fand die Konferenz statt, die die Blockfreie Bewegung hervorgebracht hat?

- a Ägypten
- b Indien
- c Indonesien
- d Cuba

4

In welchem Jahr tritt die BRD der NATO bei?

- a 1957
- b 1954
- c 1948
- d 1961

5

Thomas Sankara hat Burkina Faso den heutigen Namen gegeben. Was bedeutet er?

- a Land der aufrechten Menschen
- b Land des aufständischen Volks
- c Land der Freunde der Elefanten
- d Land mit viel Gold

6

Welches Land hat momentan den Vorsitz der G77 Staaten?

- a Uganda
- b Sri Lanka
- c Uruguay
- d Irak

**WIE KANNST DU IN DEINER STADT  
BEIM SDS MITMACHEN?**

**HIER GIBTS MEHR INFOS:**  
[www.linke-sds.org](http://www.linke-sds.org)